

Erscheint wöchentlich 2 mal in Leipzig.

Bestellungen nehmen alle Postämter und Buchhandlungen des In- und Auslandes an.

Für Leipzig nehmen Bestellungen an: K. Bebel, Petersstraße 18, F. Thiele, Emilienstraße 2.

Der Volksstaat

Erscheint wöchentlich 2 mal in Leipzig.

Abonnementpreis: Für Preußen incl. Stempelsteuer 16 Mark für die übrigen deutschen Staaten 12 Mgr. per Quartal.

Subskription für die fernliegenden Staaten: F. A. Sorge, Box 101 Hoboken N. J. via New York

Organ der sozial-demokratischen Arbeiterpartei und der Internationalen Gewerksgenossenschaften.

Verhandlungen des Leipziger Hochverrathsprozesses. III.

Es erfolgt die Vernehmung Bebel's, an welchen der Präsident speziell die Frage richtet, ob er über jene oben erwähnten 3000 Francs aus dem Revolutionsfonds noch etwas zu sagen habe.

Bebel: Die Geschichte des Revolutionsfonds ist mir so gut wie unbekannt, ich war damals noch zu jung. Den ersten Aufschluß darüber erhielt ich 1868 in Nürnberg (5. Arbeiter-Verbandskongress), wo ich Dr. Labendorf zum zweiten Mal in meinem Leben sah.

Präsident (den Redner unterbrechend): Ich wollte keine lange Rede von Ihnen, sondern nur Auskunft über jene 3000 Francs.

Bebel: Erlauben Sie, Herr Präsident, ich will Einiges erwähnen, was noch gar nicht in den Akten enthalten ist. Es handelte sich 1869, da ich wieder Vorsitzender, Leipzig Vorort des Verbandes deutscher Arbeiter-Vereine war, um eine lebhaft bekämpfte Sache Herrn v. Schweiger — und demnach fehlte es, da der Anschluss an die Bestrebungen der Internationale (1868 in Nürnberg) und geschwächt halte — an Geld. Da trifft ein Brief von Labendorf ein, der mir 3000 Francs zu „persönlicher Verfügung“ anbietet. Ich nahm sie und verwendete sie; es war das jedoch vor Gründung der sozial-demokratischen Arbeiter-Partei.

Präsident (erstaunt): Es sind also mehr, als jene in den Akten erwähnten 3000 Francs aus dem Revolutionsfonds geflossen?

Bebel: Noch viel mehr! (Bewegung und Gelächter im Publikum — „So, so“, des Präsidenten.)

Kurz vor der Eröffnung des Eisenacher Kongresses wurden mir wiederum 500 Francs zur Verfügung gestellt. Ich nehme keinen Anstand, dies Alles zu sagen — es ist ja frei und offen zu bekennen, und theilweise sind im Demokratischen Wochenblatte hierüber vor Jahren schon Mitteilungen veröffentlicht, welche der Staatsanwaltschaft sicherlich nicht unbekannt blieben. Bis zu den letztgenannten 500 Francs, einschließlich derselben, wurden also die betreffenden Gelder nicht für die Partei gegeben; diese bestand bis dahin noch nicht. Auf dem Eisenacher Kongress aber war Dr. Labendorf auch zugegen und er erklärte seine Bereitwilligkeit, die Unterstützung auch der Partei aus dem Revolutionsfonds zu bewilligen. Dies geschah — die in den Akten erwähnten 3000 Francs wurden an den Ausschuss gegeben. Mir persönlich wurden auch noch einmal 500 Francs überreicht zur Bestreitung der Kosten der Reise Liebknecht's nach Basel und einer von mir nach Süddeutschland unternommenen Agitationsreise. Das Herr von Schweiger sich die Quelle unserer Mittel nicht entziffern konnte, ist mir erklärlich.

Eine Ungenauigkeit meinerseits (die Ansicht, der Revolutionsfonds sei 1869 gesammelt worden) wurde damals von Gegnern benutzt, die Behauptung betreffs Hering's aufrecht zu erhalten. Diese gegnerische Denunziation ging damals durch die gesamte Presse, ich wendete mich also an Labendorf selbst — und in Beantwortung dieser Anfrage seine Erklärung.

Es wird ferner konstatiert, daß schon vor 1 1/2 Jahren und länger vor der Einleitung gegenwärtigen Prozesses Mitteilungen im Demokratischen Wochenblatt zc. in Bezug auf diese Angelegenheit veröffentlicht waren.

Hepner erklärt auf Befragen, mit dieser Sache nichts zu thun gehabt zu haben und könne er keine Bemerkung dazu machen.

Advokat Freytag (Leipzig) ersucht die Herren Geschworenen, sich davon zu überzeugen, daß die Mitteilung über alle Gelder aus dem Revolutionsfonds an der Spitze des demokratischen Wochenblattes geschehen. Es konnte dies mithin der Königl. Staatsanwaltschaft nicht entgehen. Selbst die ehemals in Berlin erscheinende „Zukunft“ hat aus diesem Fonds zur Zeit eine Unterstützung von 5000 Fr. erhalten und öffentlich quittirt, ohne daß die preussische Polizei etwas dagegen hätte.

Der Präsident läßt zu diesem Behufe den Geschworenen die Belegstücke zeigen.

Es werden hierauf zwei Briefe von Bebel, den Revolutionsfonds betreffend, der eine an Bracke, der andere an Sperger geht, vorgelesen.

Nach Verlesung des Protokolls ersucht Advokat Freytag (Blauen) den Präsidenten, zu konstatieren, daß das kommunistische Manifest bei Keimern der Angeklagten vorgefunden worden ist. Die Vergeblichkeit weigert er sich, so fährt der Redner fort, aus welchem Grunde qu. Manifest zur Verlesung gekommen.

Präsident: Jetzt läßt sich nichts mehr konstatieren; im Uebrigen ist auch durchaus nicht behauptet worden, dies Manifest sei bei den Angeklagten vorgefunden worden.

Damit wurden die Verhandlungen gegen 3 Uhr Nachmittags verlegt.

Vierte Sitzung, Donnerstag, d. 14. März.

Die Wiederaufnahme der Verhandlungen erfolgt durch den Präsidenten gegen 9 Uhr. Von den zu heute vorgeladenen Zeugen sind zwei:

Der Stadtrat Albert aus Meerane und der Weber Göra aus Blauen, erschienen, doch nur, um sofort wieder ihre vorläufige Entlassung zu erhalten. Die beiden anderen:

Advokat Rirbach aus Blauen und Dr. Max Girsch aus Berlin, sind nicht zur Stelle.

Der Staatsanwalt Hoffmann erwähnt noch in Betreff des gestern vorgelesenen „kommunistischen Manifests“, daß dasselbe durch Aufstichung unter den Papieren des Angeklagten Liebknecht unter die Beweismittel gekommen sei. Liebknecht habe außerdem seiner Zeit erklärt, er habe einen Wiederabdruck des kommunistischen Manifestes beabsichtigt.

Liebknecht: Allerdings war ich für einen Abdruck, jedoch in einer veränderten, den heutigen Verhältnissen entsprechenden Form. Das kommunistische Manifest stammt aus dem Jahre 1848; seitdem ist Vieles in der Welt anders geworden und ich habe mich für den Abdruck einer Umarbeitung, resp. wenn diese nicht vorgenommen werden sollte, für den unveränderten Abdruck nur unter der Voraussetzung einer erklärenden Vorrede erklärt.

In Betreff der Schrift: „Die Forderungen des Volkes im Augenblicke der Revolution“, welche der Staatsanwalt als einen „Anhang des kommunistischen Manifestes“ behandelt, fordert derselbe die Verlesung.

Liebknecht hat hiergegen nichts einzuwenden.

Advokat Freytag (Leipzig) aber protestirt gegen die Verlesung.

Auf die Bemerkung des Staatsanwalts, daß dieses Schriftstück wesentlich in den Akten gehöre, erklärt Bebel, die Schrift sei ihm fremd und stamme aus den Akten des Braunschweiger Hochverrathsprozesses. Dort in Braunschweig habe

man nicht einmal angeben können, auf welche Weise dieses Schriftstück zu den Akten gekommen sei.

Präsident: Sie sollten sich über Ihre Bestimmung zu der Verlesung des fraglichen Schriftstückes erklären.

Bebel: Ich protestire gegen die Verlesung. Staatsanwalt Hoffmann: Das fragliche Schriftstück ist unter den Papieren des Angeklagten Liebknecht gefunden worden. Die Entschuldig über Verlesung oder Nichtverlesung stelle ich der Discretion des Herrn Präsidenten anheim.

Diese Entscheidung wird vorläufig verlaßt und es nimmt das Wort Liebknecht zu einer Bemerkung. Es ist, sagt er, meine Äußerung über Mühlwasser aus Brünn in fast allen Organen der Presse so wiedergegeben worden, als hätte ich persönlich die Äußerung gethan, er sei ein Lump zc. Obgleich nun hier die Berichte der Presse keinen Einfluß haben dürfen, so glaube ich doch eine Verichtigung geben zu müssen, weil ich nicht weiß, ob nicht die Herren Geschworenen mich auch falsch verstanden haben mögen. Nicht ich habe den Ausdruck Lump zc. gebraucht, sondern ich verlas nur eine Aussage des früheren österreichischen Ministerpräsidenten Ciskra, ja ich lese sie jetzt noch einmal und stelle das Blatt, aus welchem ich lese, den Herren Geschworenen zur Verfügung.

Geschworener (nach geschwiegener Verlesung der vor und früher schon fortgesetzt gegebenen Ciskra'schen Aussage): Ich wollte schon damals fragen, aus welcher Zeitschrift Sie diese Sätze verlesen?

Liebknecht: Ich las sie aus dem „Volksstaat“ vor und dieser hat dieselben dem penographischen Bericht des Wiener Hochverrathsprozesses entnommen. Ciskra war als Entlassungszeuge vorgelesen und sagte das Vorgesehene gegen Mühlwasser aus. Es liegt fest, daß Mühlwasser als Spion und als agent provocateur in Eisenach war.

Advokat Freytag (Blauen): Wie werden den Herren Geschworenen auf Verlangen gern die penographischen Berichte über den Wiener Hochverrathprozess zur Verfügung stehen.

Nachdem die Geschworenen Einsicht in die betreffenden Nummern des „Volksstaat“ genommen, läßt der Präsident in Betreff der Internationalen Fragen zunächst an Liebknecht. Dieser geht an: Die Internationale erstreckt sich nicht nur über Europa, sondern auch über Amerika. Sie hat Kongresse gehalten im Jahre 1866 in Genf, 1867 in Lausanne, 1868 in Brüssel, 1869 in Bonn. Der Sitz des Generalraths, der obersten Verwaltungsbehörde, wird von dem Kongress bestimmt und ist zur Zeit in London.

In den Ländern, wo es angeht, bilden die Mitglieder Sektionen und die Sektionen verkehren alsdann mit dem Generalrath; wo die Gesetze dem entgegenstehen, giebt es nur eine persönliche Mitgliedschaft und demgemäß auch nur einen persönlichen Vertreter der einzelnen Mitglieder mit dem Generalrath. Er sind alle, dings in der Lage, die sozial-demokratische Arbeiterpartei, ihrem Wesen nach und in Folge der Denkbarkeit der Organisation der Internationalen, fast als einen Zweig der Letzteren zu betrachten; doch ist festzuhalten, daß nicht jedes Mitglied der Partei auch Mitglied der Internationalen ist, eben so wenig wie jedes Mitglied der Internationalen in Deutschland auch Mitglied der Partei ist. Die Mitglieder der Internationalen (jetzt sind dieselben abgetheilt, und es giebt eine andere Eintheilung) zerfallen in die Sektionen der Arbeiter und der Bauern — ich beziehe dies — öffentlich im Volksstaat, auch von Seiten der Braunschweiger Ausschüsse, ausgedehnt worden. Bis zum Eisenacher Kongress betheiligte sich allerdings ein Theil der Mitglieder in Deutschland als zu der Schweizer Gruppe gehörig und verkehrte durch Johann Philipp Scherer's Vermittlung mit dem Generalrath. Ich that dies nicht, ich war stets für einen direkten Verkehr. Gegenwärtig aber ist wohl die Verbindung durch Veder gänzlich aufgehoben, und wenn der Herr Präsident (in seiner bezüglichsten Frage) von einer Verbindung der einzelnen Orte durch Veder für Deutschland zc. sprach, so ist zu bemerken, daß nie Gruppen, nie nur die Personen den betreffenden Verkehren hatten.

Die Internationalen bilden also von ihrer Verbindung an gewissen und hin es heute noch. Die sozial-demokratische Arbeiterpartei ist sicherlich nach meiner persönlichen Ansicht faktisch eine Section der Internationalen, nur, der deutschen Gesetze wegen, nicht offiziell.

Dies würde jedoch seinerlei Abhängigkeit bedingen, weil die Organisation der Internationalen föderalisch und so beschränkt als nur möglich ist. Die Partei ist eben trotz alledem ein vollständiger selbständiger Körper. Dem Pariser Ausschusse hat nur eine offizielle Verbindung mit dem Generalrath zugestanden — erlaubte er sich dieselbe, so übertrifft er seine Befugnisse.

Der Präsident glaubt einen Widerspruch mit früheren Aussagen Liebknecht's, welche er verliest, zu entdecken.

Dann läßt er abbrechen: Wenn ich jetzt sollte abgewichen sein, so habe ich mich gegen Länger betheilig. Der Ausschuss konnte nicht verhindern, daß es nicht verkehrt mit dem Generalrath in Sachen der Partei, sondern in Betreff der Verwaltungsangelegenheiten (Einberufung des Kongresses) der Internationalen selbst. Verlegungen wurden von London nie an die Partei gegeben, von der Partei aus London nie angenommen. Jerte früher in Sachen der Organisation, erklärt sich dies daraus, daß ich mich nie viel um dieselbe bekümmert habe, wie ich dem Untersuchungsrichter so oft jagte.

Eine Unterordnung giebt es nicht in der aus vollständige Gleichberechtigung begründeten Internationalen. Marx ist wohl korrespondirender Sekretär des Generalraths für Deutschland, ich gebe auch zu, daß er eine bedeutende gültige Kapazität ist — aber er ist keineswegs die Seele des Generalraths; eine solche, außer dem Programm und den Prinzipien der Internationalen, giebt's überhaupt nicht.

Advokat Freytag (Leipzig) befragt Liebknecht, ob er nicht während einiger Zeit im Sommer 1870 mit Marx wegen einer kleinen Differenz außer Korrespondenz getreten sei.

Liebknecht: Allerdings hat eine kleine Differenz mich veranlaßt, mit Marx in jener Zeit außer Korrespondenz zu bleiben, wie aus den beim Ausschuss beschlagnahmten Briefen erhell.

Advokat Freytag (Blauen) konstatirt, daß schon 1869 in Nr. 34, Seite 189 des „Demokratischen Wochenblattes“ die Mitgliedslisten der Internationalen öffentlich ausgeteilt worden sind.

Angeklagter Bebel: Ich bin seit 1867 Mitglied der Internationalen Arbeiter-Assoziation. Es hat hies eine sehr laze Organisation in derselben bestanden. Ich bin zu dem Generalrath direkt niemals in irgend welche Beziehung getreten, sondern habe meine Beiträge stets nach Genf geschickt. Bereits in der Voruntersuchung habe ich erklärt, daß ich stets den Vertreter des Ausschusses mit dem Generalrath getabelt habe.

Auf die Frage des Advokaten Freytag (Blauen) wie viel Mitglieder die Internationale in Deutschland habe, bemerkt Bebel, daß er die Zahl nicht angeben könne. Es sehe jedoch fest, daß die Zahl keine große sei, ungefähr 1000, und daß das Gros der Parteigenossen nicht Mitglieder der Internationalen sei.

Angekl. Hepner, befragt, ob auch er Mitglied der Internationalen sei, erklärt: Er wurde Ende des Jahres 1869 in Berlin Mitglied der Internationalen Arbeiter-Assoziation.

Ein Berliner Kaufmann brachte damals, von einer Geschäftreise

aus London zurückgekehrt, eine Anzahl von Mitgliedslisten nach Berlin, die er seinen Bekannten gegen den jährlich zu zahlenden Beitrag von 1 Sgr. abließ. Von diesem habe er die Karte in blanco erhalten und sie selbst mit Namen zc. ausgefüllt. Vergangenes Jahr habe er seine Karte zu erneuern vergessen. Dieses Jahr habe er seine Mitgliedschaft jedoch wieder erneuert. Von irgend einem offiziellen oder privaten Vertreter des Ausschusses mit dem Generalrath sei ihm nichts bekannt.

Hierauf wird der größte Theil der Brochüre Wilsch's, „die Internationale Arbeiter-Assoziation“, verlesen, und zwar Abschnitt 1. Stiftung der Assoziation. 3. Die Inauguraladresse von Karl Marx. 4. Die Statuten der Assoziation. 6. Kongress zu Genf, 3.—8. September 1866. 7. Kongress zu Lausanne, 2.—8. September 1867. 9. Politische Thätigkeit des Generalraths der Internationalen Arbeiter-Assoziation. 10. Konflikte mit den Regierungen. 11. Ausbreitung der Assoziation.

Nachdem die Verlesung der Brochüre beendet war, beantragt Advokat Freytag (Blauen), zu konstatieren, daß qu. Brochüre schon im Jahre 1868 im Buchhandel in Berlin erschienen ist.

Der Präsident konstatirt diesem Antrage nach.

Hierauf wurde die Verhandlung von 11 1/2—12 1/2 Uhr Mittags vertaet.

Nach Wiederaufnahme der Verhandlungen meldet sich als Zeuge Herr Dr. Max Girsch aus Berlin, der aber sehr bald wieder bis übermorgen früh beantragt wird. Es werden hierauf mehrere Stellen aus dem Protokolle des im Monat September 1869 zu Basel stattgefundenen 4. Kongresses der Internationalen Arbeiter-Assoziation verlesen und wird hier insbesondere auf eine (siehe Liebknecht's) „Bericht über Deutschland“ Gewicht gelegt, die wir hier folgen lassen.

Liebknecht's Bericht über Deutschland.

Liebknecht aus Leipzig erachtet seinen Bericht aus Deutschland. Redner glaubt es ein historisches Rückbild thun zu müssen, und beginnt mit dem Kaiserreich Laßalle's, der das Verdienst habe, zuerst nach der Reaction, welche den Ereignissen von 1848 und 1849 folgte, die Jahre der Sozialdemokratie eröffnet zu haben. Es wäre aber thöricht, zu sagen, daß er Neues geschaffen, oder aufgestellt. Laßalle war ein Schüler von Marx, der u. a. seinen Freunden Engels, Wolff u. s. w. (den Männern der „Neuen Rheinischen Zeitung“) nach der Februarrevolution an der Spitze der deutschen Arbeiterbewegung stand, deren geistiges Haupt er heute noch ist.

Im Jahr 1863 gründete Laßalle seinen Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein, mit einem Programm, das mancherlei Mängel hatte und mancherlei Concessionen an den preussischen Staat machte; und mit Statuten, welche, auf dem Autoritätsprinzip beruhend, den Arbeitern keine Selbstständigkeit des Denkens und Handelns ließen. Daß Laßalle's „System“ an inneren Fehlern litt, erhell schon daraus, daß es von der Regierung Bismarck's begünstigt wurde. Der preussische Staat war gerne bereit, den Arbeitern die beiden Hauptforderungen Laßalle's zu gewähren: „Allgemeines Stimmrecht“ (Französische Erfahrungen) und „Sozialhilfe“. Es zeigte sich hier die Nachtheile der Aufstellung eines unzureichenden Parteiprogramms, in dessen Rücken feindliche Auslegungen eingehoben werden konnten, — das Verhängnisvolle des Gebrauchs zweideutiger Worte. „Sozialhilfe“! Was soll das heißen? Laßalle meinte in innerer Seele die Hilfe des demokratischen Staates, also Selbsthilfe des Volks im und durch den demokratischen Staat. Die Preussische Regierung meinte die Hilfe des Preussischen Junker- und Polizeistaates, und sie begünstigte und begünstigt bis auf den heutigen Tag die sozialistischen Bestrebungen, um die Arbeiter von der Politik abzuziehen, sie gegen das Bürgerthum, (nicht die Bourgeoisie, denn mit ihr, den Nationalliberalen, geht sie Hand in Hand) aufzuheben und nach dem: Theilte und herrsche! das in sich gepaltene Volk zu knechten.

Als Laßalle, dessen Ehrlichkeit über jeden Zweifel erhaben ist, in Folge seines Ausstiegs von fast der gesamten deutschen Presse auf das Heftigste angegriffen, auf das Schändlichste verleumdete ward, hielt ich es für eine Ehrensache, mich ihm, dem alten Parteigenossen, anzuschließen und ich wurde Mitglied seines Vereins, in der sichern Erwartung, daß Laßalle von seinen Juchzümern zurückkommen würde. Doch er hatte nicht die Zeit dazu, ein jäher Tod raffte ihn nach wenig Monaten weg.

Redner berichtet dann über die Streitigkeiten, welche nach Laßalle's Tod im Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein ausbrachen, wie er selbst (Liebknecht), weil die Nothwendigkeit betonend, den politischen Freiheitskampf mit dem sozialen zu verbinden, aus Berlin und Preußen ausgewiesen wurde; wie der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein in die Hände talent- und gewissenloser Abenteuerer fiel, bis sich endlich Schweitzer, ein geistig begabter, aber moralisch gänzlich verkommenen Mensch der Diktatur bemächtigte, nachdem er schon Anfangs des Jahres 1866 durch sein schamloses Liebdügeln mit der Bismarck'schen Politik allen eifrigen Sozialdemokraten die Mitarbeiterschaft an dem von ihm redigirten Parteiorgan „Sozial-Demokrat“ unmöglich gemacht hatte.

Mit Schweitzer hat die Sozialdemokratie nichts gemein. Er ist Agent der Preussischen Regierung, der er die soziale Bewegung dienst- und nutzbar zu machen sucht. Daß innerhalb des Allgemeinen Deutschen Vereins nicht zu wirken war, hatte ich bald begriffen. Eine so „krumm“ centralisirte, in einer Person gipfelnde Organisation läßt keine Reform zu, ebensowenig wie — um kleines mit Großem zu vergleichen — das Empire Bonaparte's, das Preußen Bismarck's. Hier giebt es keine Reform, nur Revolution. Solche Organisationen können nicht umgefaltet, sie müssen zerbrochen werden.

Im Herbst des Jahres 1864 war in London die Internationale Arbeiterassoziation begründet worden. Sofort stand in mir und meinen Freunden der Entschluß fest, die deutsche Arbeiterbewegung auf den Boden der Internationalen hinüberzuleiten, deren Programm und Organisation jede Möglichkeit des Mißbrauchs zu politischen und persönlichen Zwecken ausschließt.

Zu jener Zeit bestanden in Deutschland außerhalb des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins eine Anzahl von Arbeitervereinen, die noch theilweise unter dem Einflusse Schulze-Delitzsch's waren, aber sich doch schon zu emanzipiren begannen. Diese Vereine zu gewinnen, war unser nächstes Ziel. Schulze-Delitzsch, ein lausitzer Bläulich der englischen Mandchekermänner, die er übrigens nicht einmal begriffen hat, predigte: „Der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit ist nur ein Räthsel der Sozialisten, die bürgerliche Welt ist die beste der Welten“. — Diese Redensarten wollten nicht mehr recht verfangen; die rasche ökonomische Entwicklung Deutschlands ließ die Klassengegensätze schärfer und schärfer hervortreten und es dauerte nicht lange, so hatte Schulze-Delitzsch bei der Masse seiner Anhänger den Boden verloren.

In vorigen Jahre waren wir so weit, daß wir diesen Arbeitervereinen, die gegen 14,000 Mitglieder zählten — mehr als der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein — die Annahme des internationalen Programms vorschlagen konnten. Ehe wir es öffentlich thaten, hatte ich in Berlin eine Unterredung mit Schweitzer, zu der ich im Interesse der Einigkeit von Freunden aufgefordert worden war, theilte ihm unsern Plan mit, und forberte ihn auf, ebenfalls mit seinem Verein sich

den Internationalen anzuschließen. Auf diese Weise sei der bisherige Zwist beendet und könnten sich die beiden Organisationen — unsere Vereine und der seine — neben einander bewegen, bis eine Verschmelzung möglich sei. Schweiger versprach. Er gab mir sein Ehrenwort — und hat es gebrochen. Auf unserem Arbeitertag in Nürnberg (vergangenen Herbst) nahmen wir das Programm der Internationalen an. Und Schweiger? Die Annahme des internationalen Programms von unserer Seite war für ihn das Signal, uns zu besänftigen, uns als Werkzeuge der Bourgeoisie und Agenten der Depressierten zu benützen. Jetzt war kein Friede mehr möglich, Schweiger mußte um jeden Preis beiseite werden. Auf die Einzelheiten des Kampfs, der nun erfolgte, kann ich nicht eingehen. Nachdem mein Antritte, den Generalrat der internationalen Arbeiterassoziation zum Schiedsrichter zu machen, von Schweiger zurückgewiesen worden war, begab ich mich mit **Bebel**, dessen uneigennütziges und geschicktes Auftreten ihm die deutschen Arbeiter zu ewigem Dank verpflichtet, im März d. J. in die Generalversammlung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, und dort in Gegenwart der Delegierten **seines eigenen Vereins** begründeten wir unsere Anklage: daß Schweiger systematisch die deutschen Arbeiter zu spalten suche, und im Interesse des Preussischen Junkertums arbeite; und forderten ihn auf, seine Behauptung, wir dienten der Bourgeoisie und den Depressierten, zu rechtfertigen. — Schweiger schwieg, er wußte, daß er gegen uns nur elende Lügen vorgebracht hatte, und er wußte, daß wir gegen ihn im Besitze der nötigen Beweise waren.

Auf derselben Generalversammlung kam eine Angelegenheit zur Sprache, die zeigte, daß Schweigers Privatcharakter ebenso erbärmlich ist, als sein politischer — ich meine sein Verhältnis zu Herrn von Hoffstetten, der das Geld zur Gründung des „Sozial-Demokraten“ gegeben hat und von seinem Freund Schweiger zum Beistand gemacht worden ist.

Unser Auftreten in Barmen-Elberfeld, wo die Generalversammlung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins war und die Hoffstetten'sche Angelegenheit erschütterte das Ansehen Schweigers unter seinen bisherigen Anhängern, und einige Monate später vereinigen sich die tüchtigsten derselben — Bracke, Jork, Spier, der hier anwesend ist — mit uns, und wir beriefen gemeinsam den **Eisenacher Kongress** ein, zum Zweck der Emigung und Organisation der deutschen Sozialdemokratie.

Rebner schildert nun den Verlauf des Kongresses. Schweiger habe ihn Anfangs ignoriert, hernach durch die Androhung von Skandal ein Polizeiverbot zu erwirken gesucht, als das nicht gelungen, habe er durch Abwendung sogenannter „Delegierten“ mit gebundenen Mandaten (Einkritt in den Schweiger'schen Verein), den Kongress unmöglich machen wollen; allein man war auf alles gefaßt, betrachtete und behandelt die „Delegierten“ einfach als Aufseher (die Delegierten Schweiger's vertraten angeblich 100,000 Arbeiter, die Mandate waren aber meist gefälscht; aus Leipzig, wo sie höchstens 90 Mann haben, produzierten sie über 15,000 Kammern; und der Kongress erfüllte in vollstem Maße seinen Zweck; fast 300 Delegierte, die zusammen 150,000 Arbeiter vertraten, nahmen das internationale Programm an, und gründeten eine Parteioffiziation, welche die Rechte der Individuen wahrt, und die Kräfte aller zur Aktion konzentriert. Da die deutschen Gesetze den Anschluß von Vereinen an die Internationale Arbeiterassoziation verbieten, wurde festgesetzt, daß jedes Mitglied der sozialdemokratischen Partei auch persönliches Mitglied der Internationalen Arbeiterassoziation werden soll.

Nachdem Liebknecht noch kurz über die politische Stellung der deutschen Sozialdemokratie und das Verhalten der preussischen Regierung gesprochen hatte, schloß er wie folgt: „Die Angriffe und Verleumdungen der Feinde übergehe ich mit Verachtung. Ich rede sie mir nur zur Ehre an, und erblicke in der That, daß die gesammte feudale, literale und Bourgeoisie uns jetzt mit Koch bewirft, einen Beweis dafür, daß wir auf dem rechten Weg sind, daß unsere Feinde gefesselt haben. Aber anders ist es, wenn von befreundeter Seite unser Auftreten falsch aufgefaßt wird. Und das ist uns, speziell mit gegenüber, Seitens der belgischen Parteigenossen, geschehen. Beispieler „Internationale“ und der „Werker“ von Lüttich haben neulich erklärt, mein Kampf mit Schweiger sei ein rein persönlicher Streit.“

Ich hoffe, nach dieser Darlegung werden die belgischen Kollegen die Ungerechtheit ihres Urtheils begriffen haben. In Schweiger bekämpfte ich das Prinzip der Diktatur und die politische Corruption. Das Wort Diktatur wird vielfach mißbraucht. Ja — in Zeiten der Revolution ist die Diktatur nötig; aber nicht die Diktatur eines Einzelnen, sondern die Diktatur des Klubs, des Volks, der Arbeiter, wie 1793 in Frankreich. Wer sich persönlich zum Diktator aufwerfen will, den kann man, wie ich einst Laßalle sagte, in ruhigen Zeiten allenfalls auslachen; in revolutionären Zeiten schlägt man ihm eine Angel vor den Kopf. Die Person Schweigers war mir, ist mir völlig gleichgültig. Der Kampf, der gegen ihn und seine Helfershelfer geführt wurde, war nicht ein persönlicher Kampf, sondern ein Kampf der Sozialdemokratie gegen den Imperialismus und gegen den Bismarck'schen Kaiserthum.

Auf den Wunsch eines Delegierten, doch etwas über das „Martyrertum“ Schweigers zu hören, das viele Arbeiter irre gemacht habe, berichtet Liebknecht, wie Schweiger allerdings zweimal zu Gefängnisstrafe verurtheilt worden sei — „die Richter sind nicht in die Bismarck'schen Pläne eingeweiht“ (vielleicht war es auch bloße Komödie) — aber jedesmal war seine Haft nur eine Scheinhaft. Im Jahre 1866 war er wegen Majestätsbeleidigung eingesperrt. Wohl, Bismarck setzte seine große Aktion ins Werk, es kam ihm darauf an, das Volk, das den infamen Deckerkrieg nicht wollte, für sich zu gewinnen. Schweiger wurde aus dem Gefängnis entlassen, angeblich wegen Krankheit. Der kranke Schweiger aber durchzog mit obrigkeitlicher Bewilligung Preußen und das übrige Deutschland, und agitierte für Bismarck, indem er den Arbeitern vorredete, der Krieg zwischen Oesterreich und Preußen gehe sie nichts an, sie sollten nur ruhig die Dankeshand nehmen, welche die Regie ung zur Ermöglichung ihr er brüderlicheren Politik gegen den Willen der Kammer ausgegeben hatte u. s. w. Das wohlvorbereitete Preußen folgte über das unvorbereitete Oesterreich, eine Amnestie wurde verkündet und Schweiger brauchte nicht ins Gefängnis zurückzuführen.

Voriges Jahr wurde er abermals verurtheilt — zu drei Monaten. Im Dezember ging er ins Gefängnis; kaum sah er darin, so schrieb er an einen Freund, er werde sich auf Weihnachtens Urlaub geben lassen. Kurz vor Weihnachtens erkrankte plötzlich sein Vater und nun konnte der Urlaub erfolgen, ohne daß es verdächtig schien. Allein es steht fest, daß Schweiger den Urlaub angelündigt hatte, ehe er von der Krankheit seines Vaters eine Ahnung hatte. Seinen „Urlaub“ benötigte er wieder zur Agitation, und zwar gegen wen? Gegen uns, die Internationalen. Als er seine Absicht, so weit es möglich war, erreicht hatte, und der Reichstag, dem er gleich mit angehört, bald zusammenberufen werden sollte, feierte er ins Gefängnis zurück, und mußte nach einigen Wochen, bei Beginn der Session, als Reichstagsmitglied wieder entlassen werden.

Nach Schluß der Session blieb er noch einige Wochen lang frei, weil er seine Maßregeln gegen den Eisenacher Kongress zu treffen hatte, und als er Alles hübsch geordnet, ging er in das Gefängnis, wie man in ein feines Hotel geht, und hat jetzt in Kummelsburg bei Berlin seinen Sommeraufenthalt. Er geht spazieren, trinkt Champagner, kauft, er lebt wie ein Fürst. Das ist das **Martyrertum Schweigers**.“

Nach Beendigung der Besetzung bemerkt der Präsident: In der Inauguraladresse heißt es: „Es ist die große Pflicht der arbeitenden Klasse, politische Macht zu erlangen.“ (Eichhoff's Broschüre S. 14.) Sie schließt mit den Worten: Proletariat aller Länder, vereinigt Euch! (S. 13.) Unmittelbar vorher heißt es: „Der Kampf für sich eine auswärtige Politik bildet einen Theil des allgemeinen Kampfs für die Emanzipation der arbeitenden Klassen.“ Es sei zu bedenken, daß in Deutschland mehrere Gruppen der Internationale seien, denen die Gesetze es jedoch nicht gestatten, offiziell derselben als Mitglieder beizutreten.

Der Ausschuss zu Braunschweig-Wolfenbüttel habe bald nach dem Eisenacher Kongresse einen offiziellen Aufruf erlassen, unterzeichnet von Bracke, Spier, Vorhoff, Giers und Reidel, in dem es heißt: „Jeder Parteigenosse müsse 1) Mitglied eines Lokalvereins sein, 2) Mitglied der sozialdemokratischen Arbeiter-Partei, 3) Mitglied der Internationalen Arbeiterassoziation. Kein Gesetz der Welt könne es den Einzelnen verbieten, daß er für sich Mitglied verschiedener politischer Vereine sei. Es komme nur darauf an, die Organisationen aneinanderzuhalten,

so daß der Polizei die Möglichkeit nicht gegeben wird, eine **Verbindung von Vereinen** nachzuweisen. Deutlicher könne ja gar nicht dargelegt werden, was die Leute wollen.“

Liebknecht: Es ist der Punkt meines Berichtes betont worden, wo ich sage: „Eine so „starr“ centralisirte, in einer Person gipfelnde Organisation läßt keine Reform zu, ebensoviele wie — um Kleines um Großem zu vergleichen — das Empire Bonaparte's, das Preußen Bismarck's. Hier giebt es keine Reform, nur **Revolution**. Solche Organisationen können nicht umgestaltet, sie müssen zerbrochen werden.“

Nun, ich erinnere daran, daß ich dieser Worte ausdrücklich mich bediene in Bezug auf den Schweiger'schen Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Verein.

Es handelte sich also wiederum, wie auch vorgestern schon einmal, um eine Revolution innerhalb eines Vereins, und wenn man auf die Vergleichung mit dem „Empire Bonaparte's“ und dem „Preußen Bismarck's“ Gewicht legt, nun, so habe ich ja schon einmal auf Befragen des Präsidenten offen erklärt, daß ich allerdings die Anschauung habe, daß in einem reinen Militärstaat, ob er auch die Masse eines konstitutionellen trüge, eine Umgestaltung der bestehenden Verhältnisse auf friedlichem legalem Wege eine Unmöglichkeit ist. Uebrigens werde ich bei Gelegenheit der Vorführung meiner Berliner Rede noch auf diesen Punkt näher eingehen. — Ferner hat der Herr Präsident auch jenen Aufruf des Braunschweig'schen Ausschusses an die Parteigenossen besonders hervorgehoben, welcher bald nach dem Eisenacher Kongress zur Information der Parteigenossen erlassen wurde und der Herr Präsident meint, die Anschauung zu haben, als spreche sich in diesem Aufrufe so klar und unerschöpflich als denkbar die Absicht eines ungesetzlichen Vorgehens von Seiten der Partei aus. Ja, meine Herren Richter und Geschworene, so klar und unerschöpflich als denkbar spricht sich allerdings das Gegentheil aus: die Absicht eben des **gesetzlichen** Vorgehens.

Spricht nicht schon, von Allem Anderen abgesehen, der Umstand deutlich genug dafür, daß dieser Aufruf im Organe der Partei öffentlich und mit Namensunterzeichnung veröffentlicht worden ist? Ferner, in dem Aufrufe ist gesagt: „Keine Gesetze der Welt können es verbieten“ u. s. Ist es nicht sonnenklar, daß der, welcher dies schreibt, nicht nur keine Gesetze, welche verbieten, kennt, sondern daß er auch der festen Ueberzeugung ist, es sei moralisch unmöglich, daß dergleichen Gesetze gemacht werden könnten?

Und wenn weiter gesagt wird, „es sei eine Kunst“ u. s. — so wird man die Wahrheit dieser Behauptung nicht bestreiten können, wenn man an die Musterkarte der deutschen Vereinsgesetze denkt. Wird es nicht selbst den Behörden, welche doch allein mit dem Studium der Gesetze sich zu befassen haben, oft schwer, sehr schwer, zu unterscheiden? Wir haben ja erst neulich in Leipzig selbst ein Beispiel erlebt, wie eine Behörde ein Gesetz unrichtig ausfaßte und von zwei oberen Behörden dann rektifiziert wurde. Also wenn für Leute, welche das Gesetz kennen und kennen müssen, schon eine Untercheidung schwer ist, wie viel mehr erst muß es für einfache Arbeiter eine Kunst sein, drei neben einander herlaufende Organisationen so zu trennen, daß keinerlei Gesetzesverletzung stattfindet. Das spricht der Ausschuss aus; es ist, sagt er, eine Kunst, und daraus ergibt sich — daß jeder um die korrekte Ausübung dieser Kunst, keine Gesetzesverletzung sich zu Schulden kommen zu lassen, sich bemühen möge. Dann ist von der Polizei gesprochen — nun, die Polizei ist doch nicht der Staat? Verletzung von Polizeigesetzen ist doch kein Hochverrath? Und zur Verstärkung des Beweises für den Mangel an jeder Gesetzesübertretungsbefähigung kommt noch hinzu, daß ein Jahr nach dem Eisenacher Kongress, in Stuttgart, als die junge Partei durch die Erfahrung von drei ungemessenen Schweregeistesüberrückungen hatte, welche das Ansehen der lokalen und der nationalen Organisation bietet, der betreffende Passus der Organisation abgeändert worden ist. — Betreffs der Eichhoff'schen Broschüre über die Internationale ist zu konstatieren, daß sie schon 1868 in Berlin gedruckt und erschienen ist: — bezüglich der Inauguraladresse führe ich an, daß dieselbe sogar schon 1864 im „Sozialdemokrat“ abgedruckt wurde. Die genannte Adresse selbst, von Karl Marx verfaßt, ist durch und durch eine wissenschaftliche, ja eine philosophische Arbeit. Sie steht auf statistischer Unterlage, also auf dem Boden der That, und von diesen ausgehend kommt sie zu dem Resultat, daß der sogenannte Nationalreichtum unserer Tage eigentlich nichts Anderes ist, als die stetig wachsende Bereicherung einiger Wenigen, erzeugt durch die stetig wachsende Verarmung der Massen. Auf dieser von Marx wissenschaftlich als vorhanden nachgewiesenen Thatlage beruht die Internationale, auf ihr, welche die Notwendigkeit einer Umgestaltung der zum Verderben führenden bestehenden Verhältnisse wissenschaftlich und mit der höchsten Dringlichkeit darlegt, fügen die Behauptungen der Internationalen. Wenn vom Herrn Präsidenten die Aufforderung zur Vereinigung der Proletariat aller Länder zum Zwecke des allgemeinen Kampfs für die Emanzipation der arbeitenden Klassen wiederum betont wird, so halte ich dem entgegen, daß es nach meiner Anschauung unabweislich richtig ist, wenn man bei dem Worte „Kampf“ in erster Linie immer an einen Kampf mit den Häupten, mit der ultima ratio regum, Kanonen, Jüdnadeln und Bajonetten denkt.

Der Kampf, den wir meinen, ist ein Kampf der Geister, und nach unserer Anschauung sollte des Menschen einziges Kampfmittel sein Hirn sein. Oder läge darin nicht des Menschen höchste Kraft? doch gewiß — denn an physischer Kraft wird er vom Thiere vielfach bedeutend übertroffen. Wenn nun gar ein Mann der Wissenschaft, wie Marx, von einem „Kampfe“ spricht, so kann dieser doch unmöglich etwas Anderes, als den geistigen Kampf gemeint haben. — Anzüglich ist dem Herrn Präsidenten auch der Schluß der Inauguraladresse: „Proletariat aller Länder, vereinigt Euch!“ Was heißt das? Es heißt: Ihr Angehörigen, Ihr Glenden, Ihr Angehörigen, Ihr Armen aus aller Welt, vereinigt Euch! Also nicht die Armen eines Landes, sondern aller Länder! Gut, das Christenthum ist in Deutschland Staatsreligion — nun, — das Christenthum machte ja auch, und dadurch ward es groß, den Nationalgott der Juden zu einem für alle Völker, alle Länder. Und was fordert die Internationale in Summa? Sie fordert, daß alle Menschen sich bestreben, die christliche Forderung der Liebe zu allen Menschen auch in politischer und sozialer Beziehung, über Grenzpläne und Schlagschläume hinaus, zur Wahrheit zu machen. Wenn aber **Jemand in dieser Forderung Hochverrath sehen sollte, so würde er damit nichts Anderes bekennen als die Anschauung: „Die allgemeine Liebe unter den Menschen, die allgemeine Verbrüderung, der Friede mit einem Worte, ist unverträglich mit dem Bestande der Monarchien.“** — Aus den Statuten der Internationalen gehe ich hervor, daß dieselbe nicht, wie verläumdend behauptet wird, die Klassenherrschaft erstrebt, sondern ausdrücklich erklärt: „Der Kampf für die Emanzipation der Arbeiterklasse ist kein Kampf für Klassenrechte und Monopole, sondern für gleiche Rechte und Pflichten und für die Vernichtung aller Klassenherrschaft.“ Wir bekämpfen unsere heutigen Verhältnisse ja nur um deswillen, weil sie auf Klassenherrschaft beruhen. Wenn des Weiteren im Statut, dem für Jedermann einig und allein maßgebenden Geschuche der Internationalen, die Notwendigkeit der Unterordnung jeder politischen Bewegung unter die ökonomische Emanzipation betont wird, so ergibt sich daraus, daß alle politischen Fragen für die Internationale nur Fragen untergeordneter Natur sind. Die Aufgabe der Internationalen, die Emanzipation der arbeitenden Klassen, ist eine Kulturfrage, eine Aufgabe von der höchsten Moralität und — biete so viel geschmähte, als fähig aller Schandthaten hingestellte Internationale, welche Erklärung gibt sie ab?

Sie erklärt: „daß alle Gesellschaften und Individuen, die sich ihr anschließen, Wahrheit, Gerechtigkeit und Sittlichkeit anerkennen als die Regel ihres Verhaltens zu einander und zu allen Menschen, ohne Rücksicht auf Farbe, Glaube oder Nationalität; keine Pflichten ohne Rechte, keine Rechte ohne Pflichten!“ Ferner ist in den Statuten gesagt: „die Assoziation ist gegründet zur Herstellung eines Mittelpunktes der Verbindung zwischen den in verschiedenen Ländern bestehenden Arbeitergesellschaften, welche dasselbe Ziel verfolgen, nämlich den Schutz der Fortschritt und die vollständige Emanzipation der Arbeiterklasse.“ Da ist von Gewalt nicht die Rede, nur von Kooperation. Kein Aufruf der Gesetze wird gepredigt — obgleich ich gern zugebe, daß, wenn einmal die Emanzipation der Arbeiterklasse erreicht sein wird, die heutigen Gesetze nicht mehr bestehen werden. Aber die Gesetze sind ja in ewiger Umwandlung begriffen, jedes neue schafft ein altes ganz oder theilweise ab und selbst der absolute versteinerte Staat befindet sich in einem beständigen Häutungsprozeß. Die Organisation der Internatio-

nen ist außerdem auch so bekehrbar (nach meiner Anschauung fast zu sehr und ich beantrage in Basel eine Aenderung in diesem Sinne), daß die andrücklich gestellte Forderung, sich den Gesetzen der einzelnen Länder anzupassen, leicht durchzuführen ist. Dann fordert die Internationale auf zur Herstellung einer „Allgemeinen Statistik der Arbeiterklasse.“ Ist diese Forderung konspiratorisch? Nein, sie ist ein unumstößlicher Beweis für das eminent wissenschaftliche Bestreben der Internationalen. Diese will nicht ins Blaue hinein Hypothesen aufstellen, sie will vielmehr auf der Basis der Thatfachen bauen und sie fordert die Statistik. — Weiter: die Forderungen in Betreff der Kinderarbeit! Vertreten dieselben nicht die Interessen der Humanität, die Interessen des kommenden Geschlechts und somit die Interessen der Zukunft des Menschengeschlechts? Ist das ein Verein von rohen Kulturfeinden, welcher sich hiermit, welcher sich ferner mit der Bildungsfrage so beschäftigt, wie es die Internationale thut? Und welches sind die Thaten der Internationalen? Sie hat sozusagen schon als Embryo 1864 den drohenden Krieg zwischen England und Amerika verhindert — **ihre erste That war Friede!** Amerikanische Staatsmänner haben die That scharf anerkannt. Die zweite That bestand in der Verhinderung des zwischen Preußen und Frankreich um Ehrenburg's willen 1866 drohenden Krieges — **die zweite That war Friede!** Auch haben die Arbeiter von Paris und Lyon, Mitglieder der Internationalen, 1870 energisch gegen den deutsch-französischen Krieg protestirt. Die dritte That war in Angelegenheiten der Genie nicht etwa ein Sturm auf das Parlament, sondern — eine Petition. Daß die Internationale ihrer Natur nach eine durchaus öffentliche Verbindung sei, ist auch offiziell in einem im Volksstaat Nr. 38 vom 11. Mai 1870 veröffentlichten Schriftstücke des Generalrats erklärt. In dem angezogenen Schriftstücke ist die Stelle enthalten: „Wenn die Internationale konspirirt, so konspirirt sie öffentlich, so wie die Sonne gegen die Finsterniß.“

Liebknecht ist mit seinen Erklärungen zu Ende und richtet an den Präsidenten die Frage, ob er nicht Gelegenheit erhalten dürfte, sich auch über den Baseler Kongress der Internationalen, speziell die dort verhandelte Grund- und Bodenfrage, auszulassen.

Präsident: Ich glaube, Herr Liebknecht, daß Sie zu viel sprechen. Alle Ihre Auseinandersetzungen sind überflüssig. Ich werde Ihnen deshalb auch nicht auf Alles antworten. Es kommt durchaus nicht darauf an, wie Sie die verlesenen Schriftstücke interpretieren, sondern wie sie die Herren Geschworenen interpretieren. Es herrscht auf der Gesammtbank doch gewiß eine solche Intelligenz, daß eine so lange Erklärung eines jeden verlesenen Schriftstückes Ihrerseits vollständig überflüssig ist, und bloß die Verhandlungen verzögert. Alle Ihre sozialen Auseinandersetzungen stehen in gar keinem Zusammenhang mit der Anklage. Sie sagten ferner, Herr Liebknecht, es brauche nicht Jedermann die Gesetze, die ihm nicht gefallen, zu befolgen.

Angel. Liebknecht: Meine Aeußerung war: Ich glaube nicht, daß bei Verwirklichung unseres Programms dieselben Gesetze noch bestehen werden; aber damit ist durchaus noch nicht eine **blutige Revolution** zur Erreichung unseres Programms bedingt. In der ersten Bemerkung des Herrn Präsidenten erblicke ich eine Beschränkung der Redefreiheit. Wenn man, wie wir, angeklagt wird wegen vorbereitender Handlungen zum Hochverrath, so darf die Verteidigung in keiner Weise beeinträchtigt werden. Wenn hier stundenlang Schriftstücke verlesen werden, die auf die Anklage gar keinen Bezug haben, so wird es mir wohl auch gefallt sein, mich darüber eine halbe Stunde — länger habe ich nicht gesprochen — auszulassen. Wenn der Herr Präsident sagt: Wir sind hier bloß unserer politischen Vertheilungen wegen angeklagt, so muß ich bemerken, daß unsere politischen Bestrebungen von unseren sozialen untrennbar sind. Ich muß die Verteidigung in der Art führen, daß wir den Geschworenen nicht als wüste Gegner der Civilisation erscheinen. Ich werde mich keinesfalls des Rechtes der Verteidigung irgendwo begeben.

Präsident: Es ist eine dergleichen Beschränkung auch durchaus nicht vorgekommen.

Liebknecht: Sie haben Das soeben mit gegenüber zu thun versucht und gestern in ganz unbedeutender Weise bei meinem Mitangeklagten Bebel gethan, als er das Wort „Revolution“, ein Wort, auf das es bei der Anklage sehr wesentlich ankommt, definiert wollte.

Präsident: Ich werde das Recht der freien Meinungsäußerung auch mir auf diesem meinem Plage zu wahren wissen.

Ferner bemerkt der Präsident, die Angeklagten hätten wiederholt hervorgehoben, daß unter dem Befragungsmaterial Zeitungsartikel und sonstige Artikel figurirten, die jahrelang vor dem Prozeß unbeantwortet öffentlich verbreitet wurden. Es sei dies ein Beweis für die milde Handhabung der Prozeßgesetz in Sachsen. Es sei aber ganz in der Ordnung, daß, wenn einmal ein Prozeß gegen die Angeklagten angestrengt worden, nun auch jene Pressegenossen Seitens der Anklage benutz werden.

Advokat Freitag (Leipzig): Ich schließe mich dem, was mein Klient Liebknecht in Bezug auf das Recht der Verteidigung gesagt hat, vollständig an, und vermahne mich gegen jede Beschränkung derselben. Im Uebrigen möchte ich meinen Klienten erlauben, sich erst bei der allgemeinen Verteidigung über die Grund- und Bodenfrage zu äußern. (Liebknecht nicht bejahend.)

Der Präsident erucht den Herrn Verteidiger zu konstatieren, daß er dem Angeklagten das Wort noch nicht entzogen habe.

Ferner kommt diesem Wunsch nach.

Hierauf verlegt der Präsident gegen 3 Uhr Nachmittags die Verhandlungen mit der Bemerkung, daß er morgen über die zuletzt verlesenen Schriftstücke Herrn Bebel das Wort ertheilen werde.

Fünfte Sitzung Freitag den 15. März.

Der Präsident eröffnet die Verhandlungen gegen 9 Uhr und theilt zunächst mit, daß die Zeugen aus Plauen, da sie durch eine längere Abwesenheit von Hause in ihrem Erwerbe geschädigt zu werden fürchteten, bald gehört zu werden wünschten.

Auf Befragen erklärt sich sowohl der **Staatsanwalt** als die **Verteidigung** mit der baldigen Entlassung dieser Zeugen nach ihrer Vernehmung einverstanden und beantragt nur Advokat Freitag (Leipzig), daß die beiden Polizeikommissäre unter den Zeugen von dieser Entlastung ausgeschlossen würden.

Die Vorladung der Zeugen wird veranlaßt und zunächst erhält das Wort

Bebel. Ich habe, sagt er, zu dem, was über den Baseler Kongress verlesen wurde, nichts zu bemerken — ich war nicht in Basel und schreibe mich der Ausführung Liebknecht's an, daß die dort gefaßten theoretischen Beschlüsse nur für die betreffenden Beschlußfassenden bindend sein können. Außerdem erklärte ja auch der Herr Präsident die Unmöglichkeit des Baseler Protokolls für die Anklage. Anders verhält es sich mit der Broschüre von Eichhoff über die Internationale, von welcher ich nur sagen kann, daß es mir total unverständlich ist, wie die dieselbe von der Anklage als beiläufig bezeichnet werden mag, daß ich im geraden Gegentheil diese Schrift von Anfang bis zu Ende für ein treffliches Entlastungsmaterial halte. Ich habe in alledem, was gestern daraus vorgelesen wurde, auch nicht eine Zeile finden können, durch welche die Anklage auf Hochverrath irgendwie logisch begründet werden könnte. Der Herr Präsident betone den letzten Satz der Inauguraladresse und wird dabei das Wort „Kampf“ wiederholt als gleichbedeutend mit Revolution mit Hilfe von Senses und dergleichen aufgefaßt. Aber man vergleiche nur die unmittelbar vorhergehende Stelle, welche lautet:

„Wenn die Emanzipation der arbeitenden Klassen deren gegenseitigen brüderlichen Beistand erfordert, wie können sie diese gegenwärtigen brüderlichen Beistand erfordern, wenn die auswärtige Politik der Regierungen strafbare Pläne verfolgt, nationale Vorurtheile in Bewegung setzt, und in **Kanbungen das Blut und den Schatz des Volkes vergudet?** Nicht die Weisheit der herrschenden Klassen, sondern der **heldenmüthige Widerstand** der arbeitenden Klassen von England war es, was den Westen von Europa verhinderte, sich über Oas und Kopf in einen infamen Kreuzzug für die Bereinigung und Fortpflanzung der Sklaverei auf dem jenseitigen Ufer des atlantischen Ozeans zu tätigen. Der schamlose Beisatz, die nur scheinbare Sympathie oder der beschränkte Gleichmuth, mit welchem die oberen Klassen Europa's die Bereinigung des Kaukasus Kasland zur Heile fallen und das heldenmüthige Bolen durch Kasland haben vernichten sehen, die unverständigen Uebergriffe dieser barbarischen Mächte, deren Haupt in St. Petersburg, deren Hände in allen Kabineten Europa's liegen, haben den arbeitenden Klassen die Pflicht gelehrt, sich selbst der Mysterien der internationalen Staatskunst zu bemächtigen, die diplomatischen

Streiche ihrer Regierungen zu überwachen, ihnen nöthigenfalls mit aller ihnen zu Gebot stehenden Macht entgegenzuarbeiten, und, wenn außer Stande, den Streich zu verhindern, sich zu gleichzeitiger öffentlicher Auflage zu verbinden und die einschneidende Gesetze der Moral und des Rechts zu proklamieren, welche ebensowohl die Beziehungen Einzelner regeln, als auch die obersten Gesetze des Verkehrs der Nationen sein sollten."

An diese Sätze anschließend, folgt nun die als vorfänglich behandelte Stelle:
„Der Kampf für solch eine auswärtige Politik bildet einen Theil des allgemeinen Kampfes für die Emancipation der arbeitenden Klassen."

Proletariat aller Länder, vereinigt Euch!"

Dann hat Liebknecht schon auf den Aufruf des Generalraths (Nr. 38 Volkst.) hingewiesen, welcher gegen die geheimen Verbindungen sich ausspricht. Ich betone, daß dieser Aufruf in öffentlichen Blättern stand, daß er von sämtlichen Generalratsmitgliedern persönlich unterzeichnet, und also ein öffentliches Schriftstück der Internationalen im eminentesten Sinne ist. Dann soll die Internationale, wie es hier dargestellt wird, die Absicht haben, auf die Thätigkeit der sich ihr anschließenden Arbeiter-Organisationen bestimmend einzuwirken. Der Punkt 5 der Statuten aber spricht nur von internationaler Vermittlung, von einer Kooperation der verschiedenen Gruppen. Der Punkt 6 beweist durch die Worte: „Keiner unabhängigen Volksgesellschaft soll es verwehrt sein, direkt mit dem Generalrath zu korrespondieren," doch sicherlich, daß kein Mensch zur Korrespondenz mit dem Generalrath gezwungen ist. Der Punkt 11 endlich sagt, daß die Arbeitergesellschaften, welche sich der Internationalen anschließen, ihre besondere Organisation unangefastet beibehalten. Es ist also klar bewiesen, daß den einzelnen Gruppen die volle Selbständigkeit gemahnt ist. Zu alledem kommt noch hinzu, daß die sozial-demokratische Arbeiterpartei mit diesen Punkten nichts zu thun haben kann, denn sie bildete nie in offizieller Weise einen Bestandtheil der Internationalen. — Ueber die politische Thätigkeit des Generalraths hat sich schon Liebknecht ausgesprochen. Am Schluß der Hochhoffischen Broschüre ist noch von den in Deutschland existierenden Gruppen gesagt, daß sie „trotz ihrer Sympathie aus Mangel an geschlicher Autorisation" offiziell nicht beitreten können. Kann man sich die Absicht, nur gesetzmäßig vorzugehen, deutlicher ausgedrückt denken, als hierdurch, und kann der absolute Mangel jeder Scheu vor der Öffentlichkeit wiederum deutlicher ausgedrückt werden, als durch die Mittheilung der Adressen von J. Ph. Becker und Marx? Wenn man, um nochmals darauf zurückzukommen, das Wort „Kampf" so sehr betont, so müßte die Anklage in fast jeder Nummer des „Volkstaat" etwas Verhängliches finden. Da stehen z. B. in der Nr. 1 vom Jahre 1870 folgende zwei Zeilen: „Aus Kämpfen in Kämpfe, auf der ganzen Linie steht die Partei im Feuer," — und wovon ist die Rede? von der propagandistischen Thätigkeit! In Betreff des Ausschuss-Aufrufs vom 28. August 1869 bemerke ich, daß es sehr wesentlich ist, die dem intrinseken Sage vorausgehenden zu kennen. Diese erklären den Parteigenossen, wie sie die verschiedenen Organisationen auseinanderhalten müssen, und dann hinterdrein wird gesagt: Wenn Ihr das thut, so kann kein Gesetz der Welt von Euch verletzt werden. Es ist eine Kunst — aber wenn Ihr sie übt, so seid Ihr sicher, der Polizei nicht in die Hände zu fallen.

Hepner: Da es mir trotz allen Nachdenkens bis jetzt noch nicht gelungen ist, herauszufinden, inwiefern ich durch die vorgelesenen Schriftstücke belastet sein soll, so ziehe ich es vor, in dem Zustande des Schweigens, zu dem mich die Inhaftigkeit der Anklage gegen mich verurtheilt hat, zu verharren.

Es erfolgt nun die Beweisnahme über die Rede Bebel's, gehalten den 27. und 28. April 1870 in zwei Arbeiterversammlungen in Plauen.

Angel. Bebel läßt sich darüber folgendermaßen aus: Er sei damals nach Plauen berufen worden, um Herrn Dr. Max Hirsch gegenüber zu treten. Am 27. April habe er ein sehr langes Referat gehalten, wobei ihm Dr. Hirsch opponirte. Herr Dr. Hirsch habe alsdann für den anderen Tag eine Versammlung veranstaltet, in der er einen Vortrag hielt, während der Angel. ihm opponirte. Bebel retapitulirte nun fast vollständig seinen damals gehaltenen Vortrag, der eine geschichtliche Entwicklung des Sozialismus gab, die heutigen Zustände beleuchtete und auf den freien Volkstaat hinwies. Als Bebel bei dieser Wiedergabe seiner Rede auf den preussischen Kasarismus zu sprechen kommt,

unterbricht ihn der Präsident mit der Bemerkung, er fordere den Angeklagten auf, sich in seinen Ausdrücken etwas zu mäßigen.

Bebel: Wenn man über die ungerechten Zustände in der Gesellschaft spricht, kann man manchmal etwas in Urtöne geraten.

Präsident: Man darf nicht Alles aussprechen, was man denkt.

Bebel: Ich spreche auch nicht Alles aus, was ich denke. (Große Heiterkeit.)

Präsident: Ich wollte Sie nicht unterbrechen, aber Sie haben uns einen langen volkswirtschaftlichen Vortrag gehalten, der durchaus nicht hierher gehört.

Bebel: Ich war dazu genöthigt, um der Herren Geschwornen willen.

Präsident: Sie haben gesagt: „Wir sind der Staat", und „das stehende Heer wird nicht gegen den äußeren Feind, sondern gegen das eigene Volk gebraucht, die Gewalt ist Recht" u.

Bebel: Er habe sich wohl in ähnlicher Weise geäußert; jedoch nicht in diesem Sinne und Wortlaut.

Präsident: Sie haben ferner gesagt: „Es gibt keinen Staat in der Welt, wo unsere Ideen nicht Eingang gefunden haben." „Man müsse mit Gewalt vorgehen" u.

Bebel: Diesen Satz ausgesprochen zu haben bestreite ich entschieden. Das Erste wäre ein toller Unsinn gewesen.

Präsident: Sie haben ferner gesagt: Das Wahlgesetz und die Reichstagsverhandlungen sind Schwindel u.

Bebel: Er habe diese Aeußerung nicht gethan; jedoch habe er mit Bezug auf Dr. Hirsch, der ein Anhänger des Norddeutschen Reichstags sei, gesagt: Das die Nationalliberalen Euch Arbeiter über die Reichstagsverhandlungen sagen, ist Schwindel.

Präsident: Ferner haben Sie von einer sogenannten Staatsgewalt gesprochen, die beseitigt werden müßte.

Bebel: Das habe ich nicht gethan. Von einer „sogenannten Staatsgewalt" zu sprechen, wäre auch eine Thorheit gewesen, da dieselbe ja faktisch besteht.

Präsident: Sie haben außerdem geäußert, man muß dem Militär das sozial-demokratische Gift einzuschütten suchen; da werde die Zeit einmal kommen, wo das Militär auf eine andere Stelle schießen wird, als wohin es kommandirt werde.

Bebel: Diese Aeußerung habe ich auch nicht gethan, sondern gesagt, daß wir bestreite sein müssen, die sozial-demokratischen Prinzipien immer weiter und weiter im Volke zu verbreiten. Da nun das Gros des Militärs, mit Ausnahme des Offizierskorps, aus dem Volke stammt, und nach Ablauf seiner Dienstzeit wieder zum Volke zurückkehrt, so ist es wohl möglich, daß unsere Prinzipien auch allmählich unter das Militär getragen würden und daß dieses mit der Zeit nicht mehr auf das Volk schießen wird, wenn man dazu kommandirt.

Präsident: Sie haben ferner gesagt: Wenn ich ähnlich wie hier, in Preußen gesprochen hätte, so wäre ich sehr bald hinter Schloß und Riegel, obwohl man dies auch hier in Sachsen sehr leicht haben kann."

Bebel: Ich sagte dies ebenfalls bei Gelegenheit einer Polemik mit Dr. Hirsch, der — ich wiederhole es — ein Anhänger der preussischen Staatseinrichtungen ist. Er habe deshalb hervorgehoben, daß in Preußen noch größere Beschränkungen in Bezug auf Vereins- und Versammlungsgesetz, als in Sachsen, beständen u.; jedoch könnte man auch hier sehr leicht hinter Schloß und Riegel kommen.

Präsident: Und nicht mit Unrecht.

Bebel: Nun, das wird sich zeigen.

Es erscheint nun als Zeuge der Obergendarm Röder aus Plauen. Er bekundet, daß er sich auf den Zusammenhang der damaligen Rede nicht mehr genau entsinnen könne. Er erinnere sich, daß Herr Bebel gesagt habe: „Die bestehenden Klassen müssen sich von dem Schwerte der Arbeiter." „Man müsse das sozial-demokratische Gift" „soweit wie möglich im Volke verbreiten, damit der Rekrut vor seinem Eintritt in das Militär schon den Gedanken in sich selbst wurzeln lasse, daß er aus dem Volke kommt und wieder in das Volk zurückkehrt; dann werde endlich einmal die Zeit kommen, wo das Militär nicht auf Kommando gegen das Volk, sondern auf eine andere Stelle

schießen werde." Hierauf: „Das stehende Heer wird gegen das eigene Volk gebraucht; das wüßten auch am besten Bismarck und Wilhelm in Berlin, Deust in Wien, der königliche Hof in Dresden u. s. w." Außerdem: „Es sei besser, daß man auswärts agierte, als im Reichstage."

Präsident (zum Zeugen): Hat Hr. Bebel nichts vom Wahlgesetz gesprochen?

Zeuge: Ja, er sagte: Das ist Schwindel. Ferner erklärte Zeuge, daß Bebel gesagt: „Wenn er diese Rede in Preußen halten würde, so käme er sicherlich sehr bald hinter Schloß und Riegel; er könne dies wohl auch in Sachsen haben."

Auf Befragen des Präsidenten erklärt Bebel, daß er die Aussage des Zeugen bestreite, da der Wortlaut und Sinn seiner Rede wesentlich anders gewesen. Er bleibe hierüber bei seinen eigenen Auslassungen stehen.

Advokat Freytag (Plauen, zum Zeugen): An welcher Stelle des Saales haben Sie sich in jener Versammlung aufgehalten?

Zeuge: Ich hatte sehr verschiedene Plätze.

Advokat Freytag (Plauen): Haben Sie nicht meistens an der Thür gestanden?

Zeuge: So viel mir erinnerlich, nein.

Verteidiger: Haben Sie sich nicht während der Versammlung unterhalten und sogar eine Viertelstunde lang?

Zeuge: Ich habe mich wohl unterhalten, aber nicht eine so lange Zeit.

Verteidiger: Können Sie und eine zusammenhängende Uebersicht der Aeußerungen des Herrn Bebel geben?

Präsident (unterbrechend): Aber Herr Verteidiger, Sie können doch nicht verlangen, daß der Zeuge eine Rede, die vor bereits 2 Jahren gehalten wurde, hier wörtlich wiedergeben soll.

Verteidiger: Das weiß ich sehr wohl, aber der Zeuge hat sich hier gar zu wenig zusammenhängend geäußert.

Präsident: Es handelt sich hauptsächlich um die unmittelbar nach der betreffenden Versammlung geschehenen Aeußerungen.

Verteidiger: Es ist auch in der früheren Aussage des Zeugen kein Zusammenhang zu finden. Wir sind deshalb genöthigt, die Aussagen Bebel's über seine Rede, die durch den Zeugen in keiner Weise widerlegt sind, als wahrheitsgemäß hinzustellen.

Staatsanwalt (zum Zeugen): Hat Herr Bebel nicht gesagt, wenn wir unsere Forderungen nicht in Güte erreichen können, dann werden wir Gewalt anwenden müssen?

Zeuge: Ja wohl.

Bebel: Ich bestreite das entschieden. Herr Dr. Max Hirsch hält eine Harmonie zwischen Kapital und Arbeit für möglich, während wir dies für ein Un Ding erklären und sagen, daß ein fortwährender Kampf resp. Krieg zwischen Kapital und Arbeit besteht. Gätte ich diese mit insinuirte Aeußerung gethan, dann würde wohl sicher die Versammlung nicht nur polizeilicherseits aufgelöst worden sein, sondern man hätte mich sogar auf der Stelle arretirt. Beides hätte ich in diesem Falle vollkommen in der Ordnung gefunden.

Der Zeuge Professor Löfving aus Plauen tritt ein und erklärt, daß er Bebel nur vom Sehen kenne. Der ersten Versammlung habe er ganz, der zweiten nur bis etwa zur Hälfte beigewohnt und am folgenden Tage habe er in dem „Boigtländischen Anzeiger" ein theilweise nach schriftlichen Aufzeichnungen in der Versammlung selbst hergestelltes Referat gebracht. Für Gedächtnisstücke könne er zur Zeit nicht mehr einsehen, da nahezu 2 Jahre seitdem verlossen.

In Folge dieser Erklärung werden die früher in Plauen gemachten Aussagen der Zeugen nach den Protokollen angezogen und hiernach, sowie nach dem oben erwähnten Referat, welches, wie Zeuge bemerkt, als nach dem freiesten Eindruck gegeben den größten Anspruch auf subjektive Wahrhaftigkeit hat, stellt sich die Aussage dahin fest, daß Bebel gesagt haben soll, es könne, wenn einmal die sozialdemokratischen Prinzipien die große Majorität für sich erlangt, dahin kommen, daß das Militär anderswohin schiffe als u. — daß Bebel ferner gesagt haben soll, es sei eine Täuschung des Volkes, wenn man demselben sage, das Militär sei der Nachbarn wegen da. Unter „Nachbarn" hat Zeuge die benachbarten Völker verstanden und hat er in letzterer Aeußerung in Verbindung mit dem Früheren eine gewisse Gefährlichkeit erblickt, so daß er sich darüber wunderte, daß die Polizei die Versammlung nicht schloß.

Auf Befragen des Verteidigers stellt sich diesbezüglich heraus, daß Zeuge diese Redeweise nicht für strafbar, sondern nur für eine Ueberschreitung der gestatteten Redefreiheit gehalten.

In der zweiten Versammlung, erklärt Zeuge auf Befragen des Präsidenten, wurde ein mir ganz neuer Gedanke über die zukünftige Führung der Landwirtschaft von Bebel ausgeführt, doch schien mir derselbe keineswegs gefährlich, besonders da Bebel meinte, der Gedanke sei erst in sehr ferner Zeit durchführbar.

Auf Befragen der Verteidigung bejaht Zeuge, daß bis zu jenen Versammlungen die sozialistische Meinung in Plauen noch nicht öffentlich zur Darstellung gekommen. Eine direkte Aufforderung zur Anwendung von Gewalt, erklärt Zeuge weiter, sei in der ersten Rede durchaus nicht vorgekommen, aber er, Zeuge, habe sich gewundert über die Gefährlichkeit, mit welcher die direkte Aufforderung umgegangen worden sei und indirekt nahezu eine Aufreizung stattgefunden habe.

Advokat Freytag (Plauen): Hat Bebel gesagt, die Partei wolle mit Gewalt ihre Ziele erstreben?

Zeuge: Nein! Durchaus nicht.

Bebel: Jenes Referat, auf welches Zeuge vorzugsweise seine Aussage stützt, ist etwa eine Spalte lang und nach des Zeugen eigener Aussage sprach ich damals nahezu 2 Stunden. Wie kann jenes Referat im Zusammenhang den Gedankengang wiedergeben? Ich sprach damals von einer Bearbeitung der öffentlichen Meinung in unserem Sinne und sagte etwa: das Militär kann sich dann auf die Dauer dem Einflusse der öffentlichen Meinung nicht entziehen, so daß irgend einmal, nicht es dahin kommen müsse oder solle, sondern könne, daß das Militär u. —

Nach einer Unterbrechung des Advokaten Freytag (Plauen) von Seiten des Präsidenten, welche der Erreute zurückweist,

erklärt Zeuge, daß er von jener Aeußerung über das Militär Bebel's Auffassung habe und daß eine Aufforderung zu einer konkreten That nicht stattgefunden habe.

Auf die Vertheidigung dieses Zeugen wird sowohl von Seiten der Vertheidigung, wie der Staatsanwaltschaft verzichtet.

Es folgt die Mittagspause und

Nachmittags die Vernehmung des Oberlehrer Dr. Hoffmann aus Plauen.

Derselbe gibt an, Bebel habe gesagt: Das Sparen der Arbeiter sei verwerflich; es müsse noch dahin kommen, daß es nur ganz Reiche und ganz Arme gebe, zum Zweck der leichteren Bewältigung der Ernter durch Letztere — 2. — Es müsse noch dahin kommen, daß das Militär anders wohin schiffe, als es solle — 3. — Die Steuern sind ein Diebstahl der Regierung an dem armen Volke — 4. — Die Hinrichtung Ludwigs XVI ist eine glorreiche That.

Bebel erklärt die Sätze in dieser Form, dieser Fassung und diesem Sinne für unrichtig. Außerdem widerspreche sich Zeuge. Die erste Versammlung, sagte er, habe nichts Anstößiges geboten, und dennoch kam die Rede über das Sparen und wohl auch die über das Militär in derselben vor. Nicht es müsse, sondern es könne dahin kommen u., sagte ich.

Zeuge bleibt bei seiner Aussage und hält dafür, eher etwas in zu wenig grellem Lichte dargestellt zu haben. Aufreizung zur Gewalt fand er in Bebel's Reden nicht und die Bezeichnung der Hinrichtung Ludwigs XVI als „glorreiche That" ist nur eine subjektive Wiedergabe des empfangenen Eindrucks.

Bebel: Es sei ihm eine solche Behauptung gar nicht eingefallen. Er habe damals von der Entwicklung der Verhältnisse des Bürgerthums gesprochen und habe gesagt, daß das Bürgerthum, als es zur Herrschaft kam, nicht nur die Köpfe des Adels, sondern den des Königs sogar habe fallen lassen.

Präsident: Sie mögen bedenken, daß der Zeuge Bildung genug besitzt, um zur korrekten Auffassung und Wiedergabe einer Aeußerung befähigt zu sein.

Bebel: Eben weil der Zeuge Bildung besitzt, ist es mir so unerkennlich, daß er mich total mißverstehen konnte. Ich kann nur eine Möglichkeit annehmen, nämlich die, daß meine Rede vielleicht dem Zeugen den Eindruck machte, ich wolle die Hinrichtung Ludwigs

XVI glorifizieren — und aus diesem Eindruck konnte möglichenfalls eine Aussage wie die des Zeugen fließen. Eine wörtliche Wiedergabe meiner Rede ist jene Aussage des Zeugen gewiß nicht.

Zeuge gibt dies zu.

Hierauf wird von der Geschwornenbank die Frage gestellt, ob außer dem als Zeuge anmeldenden Obergendarm Träger vielleicht noch eine juristisch befähigte Ueberwachungsperson den Plauen'schen Versammlungen anwohnte.

Diese Frage wird verneint, ebenso die Frage des Vertreters an den Zeugen Hoffmann, ob Bebel in jenen Versammlungen zu Gewaltthätigkeiten aufgefordert habe. Dagegen erklärt Zeuge auf Befragen: Bebel hat einen Angriff auf das Bestehen des Staats als möglich hingestellt und wollte nur vorläufig von der Ausführung desselben absehen, weil diese jetzt noch keine Aussicht auf Erfolg haben könnte. Dieser Angriff sollte nach meiner Vermuthung ein gewaltthätiger sein. Darüber, ob der erste Versammlungabend einen guten Eindruck betreffs der maßvollen Haltung Bebel's auf mich gemacht, kann ich keine Auskunft geben und halte ich das auch für unwesentlich.

Advokat Freytag (Plauen): Ich nicht! Aber ich erkenne die Aussichtslosigkeit einer weiteren Befragung dieses Zeugen.

Auf Befragung von der Geschwornenbank gibt Bebel an, daß er von seinem Parteistandpunkte aus, ohne bestreiten zu wollen, daß einzelne Arbeiter oder ganze Arbeitergruppen noch nicht mit dem Namen der Proletariat zu bezeichnen seien, ja ohne bestreiten zu wollen, daß selbst einzelne Arbeiter aus ihrem bisherigen Stande heutzutage noch in den Bürgerstand sich hinaufzuschwingen vermöchten, dennoch diese Fälle nur als Ausnahmefälle behandeln könne, als solche Fälle, welche bei dem univariellen Bilde auf das Ganze von höchst untergeordneter Bedeutung bleiben. Gegen den Zeugen Hoffmann macht Bebel die Bemerkung: Demselben haben meine Reden den Eindruck gemacht, als sei ich bereit, loszuschlagen, sobald es nur angehe. Ich muß hier bemerken, daß der Zeuge politisch mein Gegner ist und dieser Umstand ist bei politischen Prozessen sehr wesentlich. Die Objektivität der Aussage wird dadurch sicherlich beeinträchtigt. Jene Versammlungen waren tumultuarisch, von Gegnern gehört, und eine Anklage wurde damals gegen mich erhoben: „wegen Verbreitung staatsgefährlicher Lehren." Vorbereitung zum Hochverrath fand man in jenen Reden damals nicht.

Der nächstvernommene Zeuge ist der Weber Hörtz aus Plauen. Er ist Vorsitzender des Orts-Gewervereins zu Plauen und politischer Gegner der Angeklagten. Er fungirte in der ersten Versammlung als Vorsitzender, in der zweiten war er als Zuhörer anwesend. Er erinnert sich bloß der Aeußerung Bebel's: Durch Verbreitung der sozialdemokratischen Ideen werde das Militär schließlich nicht mehr auf Kommando aus Volk schießen u.

Auf die Frage des Advokaten Freytag (Plauen), was der Zeuge in seiner Eigenschaft gethan haben würde, wenn Herr Bebel zu Gewaltthätigkeiten in jener Versammlung aufgefordert hätte, erwidert Zeuge, daß er alsdann die Versammlung ohne Weiteres geschlossen haben würde.

Es erscheint als Zeuge Advokat Kirbach aus Plauen. Auf die Frage des Präsidenten, ob er politischer Gegner der Angeklagten sei,

erwidert er: „Entschiedener Gegner." Er erinnere sich aus den damaligen Reden Bebel's nur noch ganz dunkel der Worte: Das Militär werde auch noch einmal nach anderer Richtung hin schießen, als ihm kommandirt werde.

Auf weiteres Befragen des Advokaten Freytag (Plauen) bemerkt Zeuge: Er habe nichts Staatsgefährliches aus jenen Reden entnehmen können. Kurze Zeit nach den beiden Versammlungen sei er in einer Gesellschaft gewesen, wo sich zum Theil die Anklage kundgab: Bebel habe staatsgefährliche Aeußerungen gethan. Er war in dieser Gesellschaft der einzige Jurist und äußerte sich, daß er von juristischem Standpunkte aus nichts Strafbares in jenen Reden gefunden habe.

Auf die Vernehmung des Defensional-Zeugen, des Herrn Stadtverordneten Albert aus Glauchau, wird seitens der Vertheidigung und der Staatsanwaltschaft verzichtet.

Der Zeuge Oberlehrer Dr. Hoffmann aus Plauen wird vertheidigt; auf die Vertheidigung der übrigen Zeugen wird Verzicht geübt.

Auf Antrag des Advokaten Freytag (Plauen) werden die Untersuchungsakten wider Bebel aus dem seiner Zeit wegen seiner Reden bereits angehängten aber wieder niedergeschlagenen Prozesse verlesen. Die Anklage wurde damals wegen Verbreitung staatsgefährlicher Lehren eingeleitet und in Folge der Einführung des Norddeutschen Straf-Gesetz-Buches wieder kassirt.

Hierauf wurde eine Broschüre, betitelt: „Die Forderungen des Volkes im Augenblicke der Revolution" verlesen.

Staatsanwalt Hoffmann bemerkt, daß diese Broschüre bei Liebknecht vorgefunden worden, und daß derselbe in der Voruntersuchung gesagt habe: sie bilde einen Anhang zum „kommunistischen Manifest".

Liebknecht: Es ist möglich, daß qu. Broschüre bei mir vorgefunden worden. Ich beabsichtige ein Geschichtswerk zu schreiben und habe zu diesem Zwecke noch mehrere solcher Bücher in Besitz. Ich habe aber dieselbe in keiner Weise verbreitet. Wenn ich in der Voruntersuchung gesagt haben sollte, die Broschüre sei ein Anhang zum kommunistischen Manifest, so habe ich mich geirrt.

Advokat Freytag (Plauen): Ich muß mein Befremden ausdrücken über die fortwährende Verlesung von Schriftstücken, die mit den Angeklagten in gar keiner Beziehung stehen. Ich beantrage, daß dieses vergütete Schriftstück den Herrn Geschwornen vorgelegt werde, damit sie sich überzeugen, daß dasselbe schon mindestens über 20 Jahre alt ist.

Präsident: Ich werde dem Antrage des Herrn Verteidigers nachkommen; was jedoch sein geäußertes „Befremden" anlangt, so erwidere ich ihm, daß die Verlesung all dieser Schriftstücke seitens des Gerichtshofes beschlossen worden ist und damit ist's abgemacht.

Advokat Freytag (Einzig): Ich erlaube, diese Broschüre ebenfalls einmal den Angeklagten Bebel und Hepner zu zeigen, die dieselben noch niemals gesehen haben. (Stürmische Heiterkeit.)

Diesem Antrage wird entsprochen.

Nachdem gelangt ein im Monat August 1871 von Bebel an Brade in Braunschweig gerichteter Brief zur Verlesung.

Präsident: Aus diesem Brief geht hervor, daß Sie unter den Arbeitern Sachsens einen sozial-republikanischen Anhang zu haben glauben.

Bebel: Ich habe diesen Brief an Brade geschrieben zu einer Zeit, wo der Ausschuss unser, d. h. mein und Liebknecht's Verhalten im Berliner Reichstage gegenüber der Kriegfrage mißbilligte. Ich wies dieserhalb Brade darauf hin, daß die Parteigenossen Sachsens sich mit uns im Einverständnis befinden.

Hierauf wurde das Protokoll verlesen und die Verhandlungen gegen 2 1/2 Uhr Nachmittags vertagt.

Schlichte Sitzung Sonnabend den 16. März.

Eröffnung durch den Präsidenten gegen 9 Uhr. Zunächst theilt derselbe mit, daß auf Wunsch der Herren Geschwornen bei der heutigen Sitzung infolgedessen eine Abfözung eintreten solle, als mit Uebergehung der bisher gebräuchlichen Pause der Schluß um 1 Uhr Nachmittags erfolgen werde.

Auf Abföhung der drei noch vorgeladenen Zeugen: der beiden Polizeikommissare, Keller von Dresden und Kuschke von Leipzig, sowie des Dr. Max Hirsch aus Berlin ist sowohl von Seiten der Vertheidigung, wie auch der Staatsanwaltschaft, Verzicht geleistet worden, wogegen sich zu erklären der Gerichtshof keine Veranlassung findet.

Die bei Liebknecht vorgefundenen 100 Stück Mitgliedskarten der Internationalen Arbeiter-Assoziation erkennt dieser, sowie auch Bebel und Hepner, als echt an.

Staatsanwalt Hoffmann beantragt, daß diese Karten auch den Herren Geschwornenen vorgelegt würden und ferner beantragt er die Verlesung des Inhalts der Rückseite dieser Karten. Diefen beiden Anträgen wird Folge gegeben.

(Auf dieser Rückseite befindet sich ein gedrängter Auszug aus den Statuten der Internationalen in deutscher, französischer und englischer Sprache. Der deutsche Theil lautet:

„Die Emancipation der Arbeiterklasse muß durch die Arbeiterklasse

selbst erobert werden, der Kampf für die Emanzipation der Arbeiterklasse ist kein Kampf für neue Klassenrechte, sondern für die Vernichtung aller Klassenunterschiede. Die ökonomische Unterwerfung des Arbeiters unter den Aneigner der Arbeitsmittel, d. h. der Quellen des Lebens, liegt der Knechtschaft in allen ihren Formen zu Grunde, dem sozialen Elend, der geistigen Verkümmern und der politischen Abhängigkeit. Die ökonomische Emanzipation der Arbeiterklasse ist daher das große Ziel, dem jede politische Bewegung als Mittel dienen muß. Alle nach diesem Ziel strebenden Bestrebungen sind bisher gescheitert aus Mangel an Einigung unter den verschiedenen Arbeitszweigen jeden Landes und unter den Arbeiterklassen der verschiedenen Länder. Die Emanzipation der Arbeiter ist weder eine lokale, noch eine nationale, sondern eine gesellschaftliche Aufgabe; sie umfaßt alle Länder, worin die moderne Gesellschaft besteht; sie kann nur gelöst werden durch das planmäßige Zusammenwirken dieser Länder.

Hierauf folgt die Vertiefung einer konsistenten Mitteilung des Generalrats der Internationalen Arbeiter-Assoziation aus London vom 28. März 1870 über den Ruf von Bakunin und seine Umtriebe innerhalb der Internationalen. Diesen deutsch abgefaßten Schriftstücken ist ein anderes in französischer Sprache beigelegt, dessen Uebersetzung ebenfalls vorgetragen wird.

Auch ein von Bonhoff in Braunschweig nach Leipzig unter der Ueberschrift: „Rein lieber Käufel!“ gerichteter Brief, welcher die Ankunft der konsistenten Mitteilung aus London sowie die Verwerfung einer Abschrift davon „für die Leipziger“ anzeigt, kommt zur Vertiefung.

Aus jener generalrätlichen Mitteilung hebt der Präsident drei Punkte als besonders gravierend hervor: 1. — Es soll darin gesagt sein, „der Generalrat habe seine Hand direkt auf dem großen Hebel der proletarischen Revolution“, woraus für den Herrn Präsidenten hervorgeht, daß sich der Generalrat selbst für ein Ober-Revolutionscomitee und die ihm untergeordneten Körperschaften für Sub-Revolutionscomitees hält. 2. — Es ist in dem französisch abgefaßten Schriftstück von dem „ersten, unterirdischen Handeln“ des Generalrats die Rede, also, wie Präsident glaubt, von einem Handeln, welches alle Ursache hat, sich vor dem Auge des Volkes zu verdecken. 3. — Es ist in dem Schriftstück gesagt: Die Eisenacher sozialdemokratische Arbeiterpartei gehört zur Internationalen, die Schweizerische Partei nicht — woraus der Präsident wiederum den Schluß einer offiziellen Zugehörigkeit der Partei als Gruppe der Internationalen zieht.

Liebnecht antwortet hierauf: Mir ist diese konsistente Mitteilung allerdings seine Zeit zugesandt worden und ich meine, daß Bonhoff, wenn er sagte, er habe „für die Leipziger“ eine Abschrift gemacht, damit speziell die Redaktion des „Volkstaat“, noch spezieller mich meinte, und zwar der Bakunin betreffenden Details und des in dem Schriftstück enthaltenen Passus wegen, der von meinem Verhältnis zu Herrn von Schweiger handelt. Aber die wir reden aus dem Akt unterzeichnete Abschrift ist nicht von Bonhoff's Hand, sie ist auch nicht bei mir, sondern ich mutmaßte, daß sie in Braunschweig konstatirt worden ist.

Ueber den Inhalt will ich bemerken, daß ich bis zur Vornachforschung nur den nicht speziell interessierenden vorerwähnten Passus gelesen habe. Mit dem Uebrigem habe ich mich erst nach dem Untersuchungsakte bekannt gemacht. Mit Heppner habe ich sichtlich nie darüber gesprochen, mit Bebel wohl scheinbar auch nicht und daß er das Schriftstück durch mich zur Einsicht erhalten hat, ist jedenfalls fest. Der prolocutor'sche Brief ist nicht an mich gerichtet. Betreffs der Meinung des Herrn Heppners, als sei in diesem Schriftstück von Seiten des Generalrats die sozialdemokratische Arbeiterpartei Eisenacher Programm als eine offizielle Gruppe der Internationalen behandelt, habe ich die zugegangene Aufklärung. Der Generalrat, speziell Marx, sagte die Stellung der Partei zur Internationalen weit förmlicher auf, als der Ausschuss. Es handelte sich für den Generalrat um den Gegensatz zwischen uns und Schweiger und darüber sagt der Generalrat: Die Schweizerische Partei erklärt sich gegen uns, daß die internationalen Grundsätze, die wir nach der Arbeitergruppe anerkannt die Verschlingung der Internationalität, sie hält zu uns. Der Passus vom ersten, unterirdischen Handeln des Generalrats ist in dem französisch abgefaßten Uebersetzung enthalten, den wahrscheinlich ein Franzose, jedenfalls nicht Carl Herz, verfaßt hat. Man mag hier beachten, daß dieser Ausdruck gebraucht wird im Gegensatz zu der charismatischen Wertschätzung Bakunin's und daß der Franzose in der Internationalen sich durch nicht ganz correcte, manchmal etwas schwülstige Ausdrücke auszeichnen liege. Sollte aber wirklich mit dem Worte vom „unterirdischen Handeln“ eine geheime, nichtöffentliche Thätigkeit gemeint sein, so ist das hiermit auf's Bestimmteste: in diesem Falle hätte der Generalrat seine Befugnisse überschritten und den Vorschriften der Statuten und der Organisation schnurstracks entgegen gehandelt. Ich beanworte förmlich diesen zweideutigen Ausdruck und verweise zur Erhärtung dafür, daß Marx eine ganz andere Aufklärung gibt, auf den von mir zu den Akten gegebenen Passus aus dem nationalökonomischen Werte von Marx „das Kapital“, Vorrede, Seite 10, welchen Passus ich zu verlesen bitte.

Die Vertiefung geschieht und Liebnecht erklärt hierauf weiter, daß er überhaupt eben dinstag den 27. März des konsistenten Schriftstückes für sich und seine Angehörigen ablegen muß. Was den Passus vom „Hebel der Revolution“ anbelangt, sagt Liebnecht, so konstatire ich, daß gesagt ist: „Der ökonomische Hebel“. Bakunin wußte den Sitz des Generalrats von London nach der Schweiz verlegt wissen, und hiergegen sagt der Generalrat an: der Generalrat aller ökonomischen Bewegungen ist in England, hier ist der Hebel aller ökonomischen Umwälzung, es wäre eine Ungeheuerlichkeit, dieses Land, von dem z. B. auch die Handarbeiten ausgehen, zu verlassen.

Angellagerter Bebel: Er habe dieses Schriftstück vor der Vornachforschung gar nicht gelesen. Heppner erklärt sich in gleicher Weise. Liebnecht: Diese Vorrede habe ich hauptsächlich den Zweck, die Stellung Bakunin's zur Internationalen Arbeiter-Assoziation zu kennzeichnen, indem jene im Gegensatz zum sozialwissenschaftlichen Sozialismus, der eine den Interessen der Menschheit entsprechende Organisation von Staat und Gesellschaft, einen einen wahren Kommunismus befürwortet, der auf die Auflösung von Staat und Gesellschaft hinauszielt.

Auf Verlangen des Advokaten Freitag (Leipzig) bemerkt Liebnecht, daß er die Prospekt weder habe drucken lassen, noch irgend jemandem davon gegeben habe.

Hierauf wurde das Generalstatut, gedruckt zu Genf 1867, sowie die Statuten der einzelnen Sektionen der Internationalen verlesen.

Da der Präsident selbst nichts Bescheidendes darin zu finden vermochte, hob der Angekl. Liebnecht lediglich diese Auffassung des Präsidenten hervor.

Bebel sagte hinzu, daß das Generalstatut sich bloß auf die Papiere beschränke.

Es wurde hierauf ein Brief von Marx an den Ausschuss, in dem sich noch eine Nachschrift von Engels befand, und der den Ausschuss Liebnecht übermittelte hatte, verlesen. Derselbe war insbesondere gegen die Umtriebe Schweigers gerichtet.

Präsident bemerkt, daß aus diesem Schreiben eine geschäftliche Verbindung des Ausschusses mit dem Generalrat erschichtlich sei.

Liebnecht: Es handelte sich nur um einen in Aussicht genommenen Congreß der Internationalen. Diese Briefe sind von mir stets wieder an den Ausschuss zurück geschickt worden.

Bebel: Er müsse in diesem Briefe die Stelle „Gute Leute“ hervorheben, woraus hervorgehe, daß der Generalrat die Mitglieder der sozialdemokratischen Arbeiter-Partei Deutschlands nicht als Mitglieder der Internationalen Arbeiter-Assoziation betrachte.

Heppner: Er halte es für wesentlich, hervorzuheben, daß Liebnecht von Marx seinerzeit der Vorwurf der Unkenntnis der Organisation der Internationalen Arbeiter-Assoziation gemacht worden sei.

Es gelangte hierauf ein Brief von Bonhoff an Brade zur Vertiefung, in dem er ihn zu einer Konferenz einladet. In demselben waren unter Anderem die Sätze enthalten: Wir müssen eine Sonder in die Bewegung hineintreiben, um zu sehen, wie weit unsere Bewegung gedeihen ist. Wir müssen allen papiernen Materialismus in Gleich und Blut übergeben lassen. Präsident: Das ist deutlich genug.

Liebnecht: Dieser Brief ist weder von einem der Angeklagten geschrieben, noch an einen derselben gerichtet.

In einer hierauf zur Vertiefung kommenden Antwort auf diesen Brief, von Brade an Bonhoff gerichtet, nennt er diesen Agenten prolocutor. Unter Anderem heißt es darin: „Wir müssen vorläufig schweigen. Wir sind ein Mitglied der Internationalen und müssen warten bis auf den Augenblick, wo der Generalrat seine Befehle zum Losschlagen erteilen wird.“

Präsident: Beide Briefe stehen zwar zu den Angeklagten in keinerlei Beziehung; es seien dieselben jedoch von den Ausschussmitgliedern geschrieben und man sehe hieraus, was die Leute im Werke hatten. Bebel bemerkt, daß die Partei sehr viele Mühe hatte, Bonhoff von der Ausführung mancher überflüssigen Gedanken abzubringen; deshalb habe Brade auch scherzweise jene Ausdrücke gebraucht. Im Uebrigen aber habe sich die Partei wenige Monate nachher bei Ausbruch des deutsch-französischen Krieges hauptsächlich durch Abhaltung von Volksversammlungen, Erlassung von Manifesten sehr rühmlich gezeigt. Es soll hierauf ein Brief von Liebnecht an den Ausschuss verlesen, in dem derselbe aufgefordert wird, offiziell an den Generalrat das Gesuch zu richten, daß er den nächsten Congreß in Deutschland und zwar in Mainz abhalte.

Liebnecht: Ich war dies deshalb, weil damals der preussische Regierungsozialismus des Herrn von Schweiger in Deutschland immer mehr Anhänger gewann. Ich habe mich nicht direkt an Marx gewandt, weil ich zur Zeit mit ihm etwas gespannt war. Der Ausschuss sollte sich offiziell als Parteibehörde an den Generalrat wenden.

Nach Vertiefung eines Briefes von Bebel an Brade, sowie eines zweiten von Bonhoff an Liebnecht, in welchem letzterem es u. A. heißt: „Ach dich von der Kaiserpost nicht scheuen!“

bemerkte Liebnecht: Er habe vorher an Bonhoff geschrieben: Die politischen Verhältnisse in Deutschland seien ihm so ekelhaft, daß er lieber 10 Jahre ins Exil gehen würde, als die herannahende deutsche Kaiserpost anführen zu sehen. Einem Mann, der der schlechten Zustände wegen auswandern will, liegen gewiß alle Gewaltthätigkeiten fern.

Nach Vertiefung mehrerer „Concepte“ des Ausschusses bemerkt Bebel, daß dies nicht „Concepte“ des Ausschusses, sondern solche von Bonhoff sind.

Heppner: Bonhoff habe sich so viele Uebergänge zu Schulden kommen lassen, daß die Bestimmung getroffen werden mußte, alle Aktenstücke, die vom Ausschuss ausgehen, seien von mindestens zwei Ausschussmitgliedern zu unterzeichnen. Hierauf wurden die Verhandlungen gegen 1 Uhr Mittags bis Montag Vormittags 9 Uhr vertagt.

(Fortsetzung folgt.)

Hersfeld. Das Mitglied der hiesigen Internationalen Gewerkschaften: der Manufaktur-, Fabrik-, und Handarbeiter: Georg Wolf, gebürtig aus Hersfeld in Hessen, welcher vor ungefähr 2 Jahren von hier abgereist und Herrn Rottler fälschlich berichtet, daß ein hier ausgedrohter Strike zu Gunsten der Arbeiter beendet sei, ohne daß etwas derartiges überhaupt stattgefunden hat und jetzt wieder auf seine Mitgliedskarte Reiseunterstützung beansprucht, weil er sein Statutenbuch in seinem Reisekoffer sitzend haben will, wird hierdurch aufgefordert, benanntes Statutenbuch umgehend an mich einzusenden, damit ich unsere Gewerkschaften berichten kann, ob Wolf seinen Pflichten gegen unsere Genossenschaft nachgekommen ist oder nicht; — widrigen Falls G. Wolf bis in spätestens 3 Wochen aus unserer Gewerkschaft ausgeschlossen ist; zumal da derselbe noch nicht nachgewiesen hat, daß er für sozialdemokratische Prinzipien agitirt.

Solange Wolf hier war, hat er seine Pflicht an die Kasse, welche in einer monatlichen Steuer erhalten, genügt, seitdem aber haben wir weiter nichts von ihm gehört, als voriges Jahr Bericht Herrn Rottlers über den hiesigen Strike, welcher, wie schon bemerkt, gar nicht stattgefunden hat.

Im Auftrage: Georg Wolf Sec.

Internationale Metall-Arbeitergewerkschaft Braunschweig!

In der am Mittwoch den 6. d. M. stattgehabten Versammlung wurde beschlossen, die Generalversammlung bis Pfingsten zu vertagen, weil die Zeit bis Ostern zu kurz sei.

Der Bevollmächtigte

G. H. Müller.

NB. Sollten aber die meisten Orte für Ostern sein oder die Geschäfte es erfordern, so werden wir uns fügen.

D. D.

Ich fordere Herrn Bed, früher in Braunschweig, hiermit auf, den Betrag von 20 Mgr. umgehend für die Colportage-Casse beim Unterzeichneten einzusenden.

G. H. Müller.

Braunschweig, Schartenstraße 22.

Nürnberg, 18. März. (Telegramm.) Nürnberg-Fürth und Umgebung über 1000 Schneider haben die Arbeit eingestellt. Unterstützung nötig.

Baumann.

Leipzig. Sämtliche Schneidergesellen am hiesigen Pflanz haben am 18. März die Arbeit eingestellt.

Mainz 12. März. Die Arbeitseinstellung der Schneider in Mainz dauert noch fort. Es haben bis heute neun Arbeitgeber den Tarif der Schneider-Union unterzeichnet. Bei den übrigen Arbeitgebern bleibt die Arbeit noch eingestellt, bis sie nachgegeben haben. Die Arbeitseinstellung dauert bis jetzt schon fünf Wochen. Die Schuld tragen theils die Arbeiter, welche in Mainz ohne die Bestimmung der Union die Arbeit wieder aufgenommen; theils sind aber auch viele während dieser Zeit nach Mainz zugewandert, haben die Unterstützung von der Union angenommen und die Arbeit trotzdem begonnen. Wir werden aber doch zum Siege kommen, wo die übrigen Arbeiter bei den Bestimmungen zusehens verharren. Wir bitten den Bezug noch von Mainz fern zu halten, bis wir festgesetzt haben. Die Namen der Betrüger und Heuglinge werden wir den Arbeitern später bekannt machen, wenn die Arbeitseinstellung zu Ende ist.

Mit sozial-demokr. Gruß.

J. Leyendecker.

Aufruf!

Bürger! Arbeiter!

Wie Euch bekannt, befinden wir uns seit 18 Wochen im Kampfe; ein Resultat ist noch unabsehbar.

Unsere koalirten Fabrikanten bieten Alles auf, uns mit Hilfe ihrer Kapitalien zu zwingen, die Arbeit bedingungslos wieder aufzunehmen.

Brüder, 500 Mann, darunter sehr viele Familienväter, wurden in der schlechtesten Jahreszeit auf die Straße gesetzt, ohne eine Lohn-erhöhung beansprucht zu haben.

Genauet über diese Maßregelung, saßen wir den Entschluß, eine 20prozentige Lohnerhöhung und die zehnstündige Arbeitszeit zu beanspruchen.

Brüder, bedenkt, daß 18 Wochen bei dieser Jahreszeit keine kleine Aufgabe ist, aber nichtsdemweniger sind wir entschlossen, unsere gerechten Forderungen durchzusetzen.

Brüder, wir appelliren daher nochmals an die gesammte Arbeiterpartei, uns nicht flinten zu lassen; bedenkt, was bei diesem Kampfe in Frage steht.

Gelingt es den koalirten Fabrikanten, uns niederzudrücken, so sind nicht nur all die großen Opfer verlorren, sondern es ist im ganzen Großen eine Niederlage von ungeheurer Tragweite, und wir sind wieder hilflos ihrer Gewalt für längere Zeit überliefert. Bedenkt unsere Aufgabe und verheißt uns zum Siege, der ja auch der Eurer ist, denn nur auf diese Weise ist es möglich, auszuhalten, und sollte es auch noch länger dauern.

Unterstützungen sind zu senden an die Redaktion des „Volkswille“

oder an das Strike-Komitee in Mann's Gasthaus, Penzing, Hauptstraße Nr. 74, 1. Stod.

Penzing, am 29. Februar 1872.

Mit sozialdemokratischem Gruß und Handschlag für das Strike-Komitee der Drucker und Formsetzer: Joseph Schneider.

Warnung!

Die Schreiner von Fürth und Umgebung haben, durch die Verhältnisse gezwungen, die Arbeit einstellen müssen. Wir fordern daher alle Schreiner auf, bis auf weitere Anzeige, so viel wie möglich Fürth zu meiden. Die beauftragte Strike-Kommission.

Fürth, den 14. März.

Abis für Deutschlands Bauhoffer und Mechaniker.

Nürnberg, den 10. März. Wir bringen Euch hiermit die Nachricht, daß wir hier mit den Meistern wegen der 10-Stundenarbeit und 25% Lohnerhöhung in Unterhandlung stehen, und, falls eine gütliche Uebereinkunft nicht möglich ist, zu Ostern die Arbeit einstellen werden, und ersuchen Euch deshalb, jeden Zugang nach hierher strengstens fern zu halten. Die gegenwärtige Arbeitszeit beträgt 11 1/2 Stunde. Der Lohn ist ganz erbärmlich. Fremdenverkehr und Arbeitsvermittlung auf der Herberge zur weißen Vlie, welches Gasthaus wir allen Gewerkschaften bestens empfohlen halten. Zugleich fordern wir alle Schlosser auf, sich der internat. Metallarbeitergesellschaft anzuschließen, wie wir.

Arbeits- und Leidensgenossen! für den Fall, daß ein Strike notwendig werden sollte, vergeht uns nicht! (Wir ersuchen alle Arbeiterblätter um Bekundung dieses Aufrufs.)

Im Auftrag: Das Comité der Schlossergefellen.

Für Schuhmacher.

Allen Berufsgegnossen zur Kenntniß, daß wir hier wegen Lohnerhöhung und Einbringweien in einen Strike verwickelt sind, und bitten wir deshalb, und womöglich finanziell zu unterstützen und vor fernem Zugang zu verwarren. Auch wir werden unsere Schuldigkeit thun. Geldsendungen sind zu adressiren:

Georg Leibold bei Herrn Endres, Schuhmachermeister, C. 361. Augsburg.

Arbeiter, laßt uns nicht im Stich!

Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Aufnahme gebeten.

Für politische Gemahregelte.

von G. R. in Borna 1 Sgr. — v. G. Kl. in Falkenau 1 Gulden österr.

Verichtigung.

In Nr. 21 soll es statt S. in Neuschönefeld heißen S. in Alt-schönefeld 10 Uhr.

Briefkasten.

der Exp. v. G. Knabe in Reichenbach i. B. für Schrift. 1 Thlr. 13 Gr.

Zur Beachtung.

Um weiteren Reclamationen vorzubeugen, macht die unterzeichnete Expedition bekannt, daß die auf die Dauer der Schwurgerichtsverhandlung gegen Liebnecht, Bebel und Heppner wegen Vorbereitung zum Hochverrath täglich erscheinenden Extrablätter (A 1 Sgr.) nicht als Beilage zum „Volkstaat“ gehören.

Leipzig, 18. März 1872.

Die Expedition des „Volkstaat“.

Die hiesigen Mitglieder der Internationalen Gewerkschaften der Manufaktur-, Fabrik- und Handarbeiter verabschieden, an einem der nächsten Sonntage eine Volksversammlung hier abzuhalten und suchen hierzu einen geschickten Referenten. Es wäre uns sehr willkommen, wenn sich ein Sozialdemokrat aus einer Nachbarstadt, vielleicht aus Marburg oder Kassel, dazu verstehen wollte. Könnte nicht Herr Schei aus Kassel es möglich machen?

Zusagen wolle man gefälligst senden an

Georg Wolff Eisfeldstraße Nr. 449 zu Hersfeld.

Für Braunschweig.

Alle diejenigen, welche mit ihren Abonnement-Zahlungen fürs 1. Quartal 72 des „Volkstaat“ noch im Rückstande sind, werden ersucht, baldigst entrichten zu wollen bei

G. H. Müller Schartenstraße 22, 2 Treppen.

Für Leipzig.

Sozial-demokratischer Arbeiter-Verein. Donnerstag, den 21. März Abends 8 Uhr Versammlung im Saale der Westend-Halle. Tagesordnung: 1) Sozial-politischer Wochenbericht. 2) Die Arbeiterbewegung. 3) Allgemeines. Der Zutritt ist Jedermann gestattet. Der Vorstand.

Für Breslau.

Zur Beachtung! Die Abonnenten, welche noch mit ihren Abonnement-Zahlungen für das zu Ende gehende Quartal im Rückstande sind, werden ersucht, so freundlich zu sein, diese Rückstände bis Ende d. M. zu berichtigen. Die Filial-Expedition.

Allen Parteigenossen

diene hierdurch zur Nachricht, daß der vielbesprochene und vielwartete sozial-politische Roman

Am Webstuhl der Zeit

von A. Otto-Walster,

in den nächsten Tagen als Familienroman im „Dresdner Volksboten“ erscheint.

Der Dresdner Volksbote erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, und kostet, durch die Post bezogen, vierteljährlich 18 1/2 Groschen.

Damit dieser spannende, für die Agitation ungeniem wichtige Roman, welcher in einer spannenden Erzählung die gesammte Zeitlage schildert, auch außerhalb des „Volksboten“ bezogen werden kann, veranlassen wir vom 15. März d. J. an Separat-Abdrücke, welche wöchentlich in einzelnen Bogen à 1/2 Groschen und in Heften zu 3 Bogen für 2 Mgr., gegen franco Einsendung in baar oder Briefmarken von uns bezogen werden können. In kleinen Partien 20%, in größeren 25—33% billiger.

Wir bemessen jedoch die Auflage lediglich nach der Zahl der vorher bei uns bestellten Exemplare und bitten deshalb um alsbaldige Bestellschreibung.

Dresden, im Febr. 1872.

Die Expedition des Dresdner Volksboten, große Bräutigasse 12, 2.

Joseph Leyendecker

in Scharrenstraße 15 Mainz Scharrenstraße 15 Herren-Kleidermacher. Empfiehlt sich in Anfertigung aller Arten Herren-Garderobe. Bedienung prompt und billig.

Reiches Assortiment in Buchsting, Tuch u. c. aus der Assoziations-Fabrik von

Ernst Stehfest und Co. in Grimmitzhausen.

Filial-Expedition Göttingen.

Die verehrlichen Abonnenten des „Volkstaat“ welche mit dem Beitrag für das 1. Quartal noch rückständig sind, werden um alsbaldige Verichtigung ersucht.

Leipzig: Verantw. Redakteur A. Heppner (Redaktion u. Expedition) Hobejr. 4.) Druck u. Verlag von F. Ziefle.